

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 307 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 11/2020 VOM 10. NOVEMBER 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **80 Jahre Obus
in Eberswalde**
Oft von Schließung bedroht

7-9 | **Diskussionen um
die Ebertwiese**
Kritik an Art der Bürgerbeteiligung

12 | **Friedrich Engels –
200 Jahre**
Ein wichtiger Universal-Gelehrter

Enteignung der Garageneigentümer

Stadtverwaltung ignoriert Interessen von 3.200 Eberswaldern

Die Eberswalder Stadtverwaltung hat für die Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) eine »Richtlinie zum Umgang mit Eigentumsgaragen« vorgelegt. Dafür gab es einen Auftrag der StVV vom Dezember 2019 (BBP 12/2019). Doch statt der damals geforderten »interessengerechten Regelung zur Garagenthematik« legte das städtische Liegenschaftsamt nun eine Richtlinie vor, mit der nach einer kurzen Übergangsfrist ab 2023 die VOLLSTÄNDIGE UND ENTSCHÄDIGUNGSGLOSE ENTEIGNUNG DER GARAGENEIGENTÜMER zuzüglich der Verpflichtung zum Abriss gemäß dem sogenannten Schuldrechtsanpassungsgesetzes¹ möglich wird.

Infolge dieses Schuldrechtsanpassungsgesetzes hatten die BRD-Gesetzgeber bereits in den 90er Jahren die Enteignung der Eigentümer von Garagen und Datschen auf fremden Grundstücken dekretiert.

In der BRD gab und gibt es differenziertes Eigentum von Bebauung und Grundstück im wesentlichen nur im Falle der Erbbaupacht. In der DDR hingegen war es üblich, daß die Häusle-, Datschen- und Garagenbauer die meist volkseigenen Grundstücke nicht erwarben, sondern nur ein Nutzungsrecht pachteten. Während Einfamilienhausbesitzer schon von der Modrow-Regierung 1990 die Möglichkeit des Grundstückserwerbs erhielten, gab es für die Datschen- und Garageneigentümer in der DDR keine Regelung mehr, so daß die BRD zuständig und das BRD-übliche Recht eingeführt wurde – zum Nachteil für die Datschen- und Garageneigentümer.

Mit einer Übergangsfrist bis Ende 2006 wurde der bestehende Kündigungsschutz gesetzlich aufgehoben. In der Stadt Eberswalde hatte sich seit 1999 eine breite Bürgerbewegung dagegen erhoben und erreicht, daß die Stadtverordneten 2004 in einem bis 2019 geltenden Selbstbindungsbeschlusse den Kündigungsschutz verlängerten und darüber hinaus die Weitergabe der Garagen durch Verkauf, Schenkung oder Erbschaft ermöglichte. Rechtzeitig vor Auslaufen der Regelung hatte die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur Ende 2019 eine unbefristete Fortschreibung des Beschlusses von 2004 vorgeschlagen. Die Stadtverwaltung hatte dagegen Einwände vorgebracht und die Begrenzung der Verlängerung auf ein Jahr vorgeschlagen, mit der Verpflichtung, daß die Verwaltung bis Ende 2020 »eine Richtlinie zu erarbeiten, welche interessengerechte Regelungen zur Garagenthematik beinhaltet«.

Eine Verlängerung der Regelung von 2004, so die Stadtverwaltung 2019, bedürfe »einer Regelung zur einheitlichen und interessengerechten Handhabung, welche auch den Schutz der Verkäufer (Garageneigentümer) und die Interessen der Stadt Eberswalde berücksichtigt«. Es seien »Regelungen zu formulieren, die u.a. Aspekte der Stadtentwicklung, das Stadtbild, Voraussetzungen zum Abschluß einer dreiseitigen Vertragseintrittsvereinbarung oder eines Mietvertrages nach BGB beinhalten«. Nun wurde eine Regelung formuliert, die so einen dreiseitigen Vertrag künftig ausschließt.

Als durchaus berechtigte Einwände wurden 2019 geltend gemacht, daß sich Fälle mehren würden, »bei denen Privatpersonen Garagen ankaufen, um diese nicht selbst zu nutzen, sondern diese unterzuvermieten«. In einem Einzelfall, hieß es damals, befanden sich 17 Eigentumsgaragen in einer Hand. Als Problem wurde außerdem »der Verkauf von Eigentumsgaragen an Käufer, die ihren Wohnsitz außerhalb des Stadtgebietes haben«, angemerkt.

Beide Probleme werden mit der neuen Richtlinie gelöst. Allerdings zuletzt aller Garageneigentümer. Für die bemängelten Probleme sind spezifische Lösungen möglich, die vorgelegte Richtlinie schüttert jedoch das Kind mit dem Bade aus.

Die Stadtverwaltung ignoriert mit ihrem Richtlinienentwurf die Interessen der mehr als 3.200 Eberswalder Garageneigentümer. In den ersten Entwürfen verbarb sich

diese Absicht noch weitgehend in nebulösen Formulierungen. In der aktuellen Beschlußvorlage, die seit Ende Oktober im Internet-Sitzungsdienst in der Tagesordnung des ASWU öffentlich ist, kommt die bürgerfeindliche Zielrichtung klar zum Vorschein.

Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur hat inzwischen reagiert und ihren Vorschlag von 2019 zur unbefristeten Verlängerung der 2004 beschlossenen Regelungen erneut in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. »Unser Anliegen von vor einem Jahr war, die Regelung von 2004 unbefristet fortzuführen«, sagt der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolfgramm. »Das soll nun entgegen der Zusagen der Stadtverwaltung ersatzlos abgeschafft werden. Wir fühlen uns verschaukelt. Unser Anliegen war es, die geregelte Weitergabe der Garagen zu ermöglichen sowie den Kündigungsschutz bei ordnungsgemäßer Nutzung weiterhin gelten zu lassen und nur ausnahmsweise eine Kündigung zuzulassen. Künftig soll es im Ermessen der Stadtverwaltung liegen, jederzeit die Nutzung der Garagengrundstücke zu kündigen – was die Enteignung der Garageneigentümer beinhaltet. Ab 2023 würde das völlig in der Willkür der Verwaltung liegen. Wir wollen das nicht und haben daher unseren Vorschlag von vor einem Jahr erneut in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Wir hoffen, daß die Mehrheit der Stadtverordneten zugunsten der Eberswalder Garagenbesitzer unserer Argumentation folgen wird.«

GERD MARKMANN

1 - <http://www.gesetze-im-internet.de/schuldranpg/>



Foto: ALBRECHT TRILLER

Über Kühe

In der 306. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« vom Oktober 2020 verwendete die Redaktion ein Zitat von Reinhard Lauterbach aus der Jungen Welt vom 1./2.10.2020: »Der Vergleich des Staats mit einer Melkmaschine ist tatsächlich viel treffender: schließlich verpflichtet sich der Staat mit Abzügen aus den Revenuen aller Klassen deren Angehörige dazu, weiter als diese zu funktionieren, auch wenn es ihnen meistens nicht guttut.«

Dazu fällt mir ein Spruch aus dem Eulenspiegel ein: Schon die DDR-Agrarwissenschaft habe festgestellt, »Kühe kann man weiden«.

Man sieht sogar ab und an Kühe auf der Weide. Auf den Buckowseewiesen, gleich neben dem Fahrradweg kann man viele solcher Spaziergänger sehen. Denen geht es gut. Diese robusten Kühe kommen aber für Melkmaschinen nicht in Betracht. Sie laufen das ganze Jahr Tag für Tag nur herum, glotzen blöd und fressen Gras. Dann liegen sie beisammen und kauen alles wider. Ihr bißchen Milch reicht gerade für ihre Kinder. Deshalb heißen sie auch Mutterkühe. Diese Mutterkühe ziehen ihre Kälber selber auf. Mehr müssen die nicht machen. Es gibt auch Ammenkühe. Die haben zwei Kälber. Und der große braune Bulle strengt sich an, damit immer neue Kälber geboren werden. Mehr muß der auch nicht machen und augenscheinlich geht es auch ihm gut dabei.

Die wirklichen Milchkühe stehen im klimatisierten Stall und haben so dicke Euter, daß sie gar nicht mehr richtig und weitere Strecken schon gar nicht laufen können. Im Stall geht alles digital. Sogar digitale Musik gibt es dort. Aber Gras bekommen die Milchkühe nicht. Statt dessen fressen die den ganzen Tag so viel wie möglich von einer Art Sauerkrautmüsl mit Kalkmehl. Natürlich können sie sich vom Roboter melken lassen wann sie wollen. Ob es den Milchkühen gut geht, wissen wir nicht. Leider dürfen die Milchkühe nicht mit einem von den Bullen umherlaufen und irgendwelche Sachen machen. Die Milchkühe mit ihren dicken Eutern würden wohl dabei kaputt gehen. Ihre Kälber stehen in einem anderen Stall und blöken den ganzen Tag nach ihren Müttern. Nach einer gewissen Zeit müssen die Kälber dann Soja fressen. Ob das schmeckt, wissen wir auch nicht. Bevor die vielen Jungbullen an Fettleibigkeit zu Grunde gehen, werden sie geschlachtet und nach Frankreich oder zu den Scheichs verfrachtet. Bullen kann man bekanntlich nicht melken. Die neuen Milchkühe hängen macht der Tierarzt mit einem Röhrchen. Bullen sucht man vergebens im Stall. Ein einsamer Bulle steht in der Bullenzentrale und wird täglich massiert. Irgendwoher muß das Sperma für neue Milchkühe und Jungbullen ja kommen.

Die Agrarwissenschaft hat vor vielen Jahren festgestellt: Kühe kann man weiden.

Dr. agr. MANFRED PFAFF

Überwachungsstaat kommt

Mal wieder fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ging in der ersten Novemberwoche eine schöne Sauerei durch den Bundestag: Die Fingerabdruck-Pflicht in Personalausweisen. Damit wird eine generelle und anlaßlose Fingerabdruck-Pflicht eingeführt.

Das Gesetz »zur Stärkung der Sicherheit im Paß-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen« geht auf die EU-Verordnung über die Sicherheit von Personalausweisen zurück, bei der sich die Hardliner der Sicherheitspolitik durchgesetzt hatten. Sie wurde bereits vor über einem Jahr beschlossen. Die Verordnung verpflichtet alle EU-Staaten dazu, zwei Fingerabdrücke in einem maschinenlesbaren Format auf einem Chip in den Identitätsnachweisen zu speichern.

Datenschützer sehen darin einen Verstoß gegen Grundrechte auf Datenschutz. Es sei nur eine Frage der Zeit, daß Polizei und Geheimdiensten ein automatischer Zugriff auf biometrische Daten von Personalausweisen möglich werde, befürchtet beispielsweise die Bürgerinitiative »Digitalcourage«. Die SPD hatte sich noch 2019 im EU-Parlament gegen die Finger-

abdruck-Pflicht gestellt und erklärt, daß die Speicherung von Fingerabdrücken »weder verhältnismäßig noch notwendig« sei. Jetzt stimmte die SPD-Fraktion im Bundestag dafür.

Friedemann Ebel von »Digitalcourage« hatte am 26. Oktober bei der Anhörung im Innenausschuß des Bundestages erläutert, warum die geplante Pflicht aus Sicht der Initiative, aber auch aus Sicht des EU-Datenschutzbeauftragten, der EU-Kommission und der EU-Grundrechteagentur ein Fehler ist. Ebel hält die Fingerabdruck-Pflicht für »grundrechtswidrig und nutzlos«.

Die Einzelnen werden sich kaum dagegen wehren können. Nachdem die Große Koalition das Gesetz mit ihrer Mehrheit beschlossen hat, bleiben als letztes Korrektiv für die Grundrechte wohl nur noch die Gerichte.

LISA ROTHE

»Eine großartige Entwicklung«

Bevölkerungswachstum: Eberswalde hat wieder 42.000 Einwohner

Eberswalde (bbp). Mit Stand vom 30. Oktober 2020 leben 42.092 Bürgerinnen und Bürger mit Erstwohnsitz in Eberswalde. Wie die Pressestelle der Stadtverwaltung mitteilt, wurde damit das erste Mal seit 2004 die Zahl von 42.000 überschritten.

Im Jahr 1990 hatte Eberswalde noch 52.586 Einwohner. Infolge der wirtschaftlichen Zerstörungen nach der sogenannten politischen Wende flohen viele Menschen in Gegenden, wo sie Arbeit und Einkommen hatten – meist

westlich der Elbe. Andere, die es sich leisten konnten, flohen aus den Plattenbauten in die Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen der umliegenden Dörfer. Und schließlich wurden angesichts unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse nach 1990 auch deutlich weniger Kinder in die Welt gesetzt. In der Folge sank die Zahl der Eberswalder Einwohner bis 2014 auf 39.941. Seitdem hat sich die Zahl kontinuierlich und beständig erholt, mit einem Zuwachs von ca. 300 Personen pro Jahr.

»Ich freue mich sehr darüber, daß Eberswalde wieder wächst und mehr und mehr Menschen in unsere Stadt kommen«, sagt Bürgermeister Friedhelm Boginski. Das zeige auch, »daß wir mit unserem Ansatz, Bildung und Kultur sowie das soziale Miteinander zu fördern, erfolgreich eine Stadt geprägt haben, in der die Menschen wieder gerne leben. Eine großartige Entwicklung, wenn man bedenkt, wie sich die Stadt in den 1990er Jahren darstellte«.

Rentensprechstunde

Die nächste Rentensprechstunde der Volkssolidarität in Eberswalde findet am Mittwoch, den 11. November, von 10 bis 12 Uhr in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) statt. Bitte beachten: Die Rentensprechstunde findet derzeit **nur auf Anmeldung** statt. Anmeldung bitte bei Frau Nikitenko unter Telefon 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

Pogromgedenken

Eberswalde (prest-ew). Am 9. November vor 81 Jahren wurde die Eberswalder Synagoge während der Pogromnacht zerstört. Zum Gedenken an die Opfer dieses menschenverachtenden Aktes sowie der Verfolgung und Vernichtung der Juden durch den deutschen Faschismus haben die Stadt Eberswalde und der Ökumenische Arbeitskreis zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung aufgerufen. Musikalisch begleitet wurde die Gedenkveranstaltung am Abend des 9. November am Gedenkort in der Eberswalder Goethestraße durch Beatrix Becker (Klarinette).

US-Präsidentenwahl:

Schirjajew-Satz bestätigt

Wer sich an den »Satz über die geheime Abstimmung« des sowjetischen Mathematikers Albert Schirjajew erinnerte (BBP 10/2017), kannte den Ausgang der US-Präsidentenwahl schon einen Tag nach der Wahl. Seitdem lag nämlich Herausforderer Biden regelmäßig in den veröffentlichten Zwischenergebnissen vor dem amtierenden Präsidenten Trump. Das vier Tage nach der Wahl verkündete Ergebnis bestätigte somit lediglich das, was mit dem Schirjajew-Satz vorausgesagt werden konnte. (bbp)

80 Jahre Obus in Eberswalde

von Dr. Ulrich Pofahl

In diesem Jahr begeht der Eberswalder Obus sein 80jähriges Jubiläum. Der Obus verkehrt seit dem 3. November 1940. Einen Tag zuvor verkehrte letztmalig die Straßenbahn, welche die steigenden Fahrgastzahlen nicht mehr aufnehmen konnte.



FOTO: BBP-ARCHIV (JÜRGEN GRANZOW, 2015)

Die Gleisanlagen und Fahrzeuge der alten Straßenbahn waren stark verschlissen. Sie erwies sich zudem als Hindernis für Truppen Transporte zu den Kasernen. Die dort stationierten Truppenteile hatten im September 1939 und Mai/Juni 1940 schon zwei »Blitzkriege« absolviert und weitere standen auf dem Plan. Obusse versprachen zudem einen preisgünstigen Ersatz für erdölbasierte Kraftstoffe durch Nutzung heimischer Energieträger, was mit Blick auf die im Hintergrund laufenden Kriegsvorbereitungen von Bedeutung war.

Es ist vielleicht wenig bekannt darüber, daß die Existenz dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels in der Vergangenheit mehrfach bedroht war.

Da war zunächst die Folge der Bombardierung vom 25. April 1945. Fast der gesamte Fuhrpark wurde zerstört. Es folgte der Wiederaufbau. Neue Fahrzeuge wurden in der DDR produziert und geliefert. Ab 1958 wurden wegen der länderübergreifenden Spezialisierung innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Obusse aus der Tschechoslowakei bezogen. Schwierigkeiten in der Außenhandelsbilanz führten in den 70er Jahren zu einem Fahrzeugmangel bei den Obussen, von dem alle DDR Obusbetriebe betroffen waren. Die Folge davon: Es wurden viele Obusbetriebe aufgegeben. Einige der nicht mehr benötigten Fahrzeuge kamen dann in Eberswalde zum Einsatz. Aber irgendwann ließen auch die generalüberholten Obusse in Eberswalde keinen vollständigen Betrieb mehr zu, so daß auch der Eberswalder Betrieb eingestellt werden sollte. Begonnen werden sollte das 1979 mit der Obuslinie Ostende-Westend. Doch schon ein Jahr später erklärte der damalige Verkehrsminister, daß der Obus, dort wo er fährt, erhalten bleiben wird. Es hatte ein Umdenken stattgefunden. Erdölimporte waren teurer geworden. Daher sollten einheimische

Rohstoffe als Energieträger eingesetzt werden. Nun wurden sogar Streckenerweiterungen für den Obus geplant, die teilweise realisiert worden sind. Die Stadt Eberswalde profitiert heute davon, obwohl sie nicht an dem Unternehmen, das den Obus betreibt, beteiligt ist.

Als es zum Anschluß an die BRD kam, war Eberswalde der größte Obusbetrieb im Osten Deutschlands. Fachkundige Politiker und Beamte, teils aus den alten Bundesländern, die weder mit den wirtschaftlichen noch den gesellschaftlichen Gegebenheiten vor Ort vertraut waren, drängten nun mit ihren erlernten Denkmustern auf die Einstellung der Obusbetriebe, so auch in dem erst wenige Monate zuvor eröffneten Obusbetrieb in Hoyerswerda, in Potsdam und in Weimar. Der in Bau befindliche Obusbetrieb in Suhl wurde gar nicht erst eröffnet. Westpolitiker favorisierten im Westen gebaute Dieselsebuse.

In Eberswalde hingegen wurde die Obusstrecke erweitert und neue Fahrzeuge wurden beschafft. Aber schon bald danach gab es seitens des damaligen SPD-Landrats Bestrebungen, den Obusverkehr in Eberswalde zu begraben. Von April 1997 bis April 2000 verkehrten auf Weisung des Landratsamtes an den Wochenenden Dieselsebuse. Die Eberswalder lieben ihren Obus, und aufgrund von Bürgerprotesten wurde dann wieder an den Wochenenden der Obusverkehr eingeführt. Einen weiteren Versuch, den Obusverkehr zu reduzieren, unternahm der Landrat im Winter 2004/05. Es gab Fahrplanausdünnungen, die aber relativ kurzfristig aufgrund von Beschwerden der Bevölkerung wieder rückgängig gemacht wurden. Eine Zeit lang schien der Obusbetrieb trotz Behinderungen sicher zu sein.

Aber 2010 hatten die in den 1990er Jahren angeschafften Obusse ihre Nutzungsdauer erreicht. Eine Umstellung auf elektrisch angetriebene Brennstoffzellenbusse war vorgese-

hen. Nachdem sich allzu optimistische Annahmen zu deren Wirtschaftlichkeit nicht bewahrheiteten, beschloß der Landkreis Barnim die Erneuerung des Fuhrparks. Wieder war der Obus gerettet.

Nun gibt es eine neue Bedrohung für dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel: Ab Fahrplanwechsel 2019 sollte die Buslinie 910 auf Obusbetrieb umgestellt werden – ohne Fahrleitungen. Der Obus sollte dann bis zum Kleinen Stern unter dem Fahrdraht verkehren und dann bis Finowfurt und zurück mittels Batterien. Auch wenn es der Bevölkerung aus allen Schichten der Politik eingetrichtert wird: Der Batteriebetrieb ist nicht umweltfreundlich. Bei der Produktion von Batterien wird das wichtigste Lebensmittel der Menschen, nämlich das Trinkwasser, unverhältnismäßig stark verbraucht. Die derzeitigen Produktionsmethoden erzeugen einen hohen CO₂-Ausstoß und die Gewinnung von Rohstoffen wie Lithium, Kobalt oder Nickel verursacht ökologische und soziale Schäden. Geht man von der erwarteten durchschnittlichen Lebensdauer einer Fahrzeugbatterie von rund 8-10 Jahren aus, sind diese Batterien bis 2030 zu ersetzen. Ein wirtschaftlich und ökologisch tragfähiges Recyclingsystem ohne weiteren enormen Ressourcenverbrauch ist nicht verfügbar.

Durch die von bestimmten Interessengruppen gebetsmühlenartig angepriesene Batterietechnik wird ein Beitrag zur Umweltverschmutzung geleistet bzw. die BRD als Exportweltmeister exportiert dann auch noch Umweltschäden. Es gibt für diesen ökologischen und ökonomischen (die Kosten steigen auf das dreifache gegenüber dem normalen Obus) Unsinn in der BRD sogar Fördermittel, von denen 1,4 Millionen Euro für den Umbau der Eberswalder Obusse vom Dieselantrieb auf Batteriebetrieb aufgewendet wurden.

Bemerkenswert ist, daß die gleichen Vertreter der politischen Parteien, die einst aus Kostengründen für die Einstellung des Obusverkehrs zugunsten von Dieselsebussen kämpften, nun für die ökonomisch unsinnige Lösung durch Batteriebusse plädieren.

Für den umweltfreundlichen Betrieb unter dem Fahrdraht gibt es in der BRD keine Fördermittel. So richtig wird die Buslinie 910 nur dann zur Obuslinie, wenn das Fahrdrahtnetz erweitert wird. Betrachtet man die ökologischen Schäden durch die Batterieproduktion und -recycling und den Energiemehrverbrauch durch das Mehrgewicht und das Batteriemangement, wird die propagierte Umweltfreundlichkeit schnell obsolet.

Und wie wäre es, wenn in der zukünftig größten Stadt des Kreises Barnim, Bernau, wenigstens eine Buslinie auf Obus umgestellt würde? Diese Stadt hat einen Bürgermeister von der Partei Die Linke, welche für die Förderung des ÖPNV mit Elektroantrieb eintritt. Für Eberswalde wünschen sich deren Bürger noch eine erfolgreiche Erweiterung dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels. (Seite 16)

Clara-Zetkin-Siedlung:

Stadtteilkonzept abgelehnt

Eberswalde (bbp). Die Clara-Zetkin-Siedlung gehört zu den zukunftsträchtigen Stadtteilen von Eberswalde, zumindest wenn man die Einwohnerstatistik als Grundlage nimmt. Insgesamt wohnten Anfang Oktober 1096 Menschen mit Hauptwohnsitz in der Siedlung. Die Jüngsten im Alter von 0 bis 5 Jahren sind durchschnittlich mit 15,2 Personen pro Jahrgang vertreten und liegen damit nur knapp unter den Jahrgangsstärken der Generation 45 bis 80. Die 6- bis 15jährigen kommen demgegenüber nur auf 8 Personen pro Jahrgang, die 16- bis 24jährigen sogar nur auf 6,4. Bei letzteren spielt neben dem Geburtenknick der Nachwendejahre auch eine Rolle, daß viele Jugendliche aufgrund von Ausbildung und Studium die Siedlung verlassen haben. Für die 6- bis 15jährigen trifft das nicht zu. Der Anstieg bei den jüngeren Kindern deutet auf einen grundsätzlichen Wandel in der Bevölkerungsstruktur hin, der mit den neu ausgewiesenen Flächen für den Einfamilienhausbau zu tun hat, aber auch mit einem Generationswechsel innerhalb der alten Siedlungsstrukturen.

Der Vorstoß von Oskar Dietterle von der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur für ein Stadtteilentwicklungskonzept der Clara-Zetkin-Siedlung basiert also auf realen Entwicklungen, die eigentlich für die künftigen Planungen zu berücksichtigen wären. Insbesondere deutet sich hier Handlungsbedarf an, was die Kinderbetreuung und bald auch die Schule und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche angeht.

Im städtischen Baudezernat und bei so manchen Stadtverordneten stößt dies auf wenig Verständnis. Die Verantwortlichen vertrösten hier auf die Fortschreibung des gesamtstädtischen Entwicklungskonzepts, bei der »natürlich« auch die einzelnen Stadtteile berücksichtigt würden. Auch auf das Ortsteilentwicklungskonzept für Finow, zu diesem Ortsteil gehört die Clara-Zetkin-Siedlung, wird verwiesen. Allerdings kommt gerade in diesem Konzept die Siedlung faktisch nicht vor. Indes hat die Verwaltung selbst den Auftrag der Stadtverordneten vom Frühjahr 2019, die Möglichkeit »zur Schaffung eines Ortszentrums in Form eines Bürgerhauses in der Clara-Zetkin-Siedlung« zu prüfen, noch nicht erfüllt. Die Prüfung sei »derzeit noch nicht abgeschlossen«, sagte Stadtentwicklungsamtsleiterin Silke Leuschner im ASWU. Man werde »umgehend über das Ergebnis informieren«. Die mehrheitliche Ablehnung seiner Beschlussvorlage in der Stadtverordnetenversammlung am 29. Oktober nahm Oskar Dietterle mit sichtbarer Enttäuschung zur Kenntnis. »Die Siedler müssen nun ihre Kräfte sammeln und organisieren«, schreibt die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in ihrem aktuellen Beitrag im Amtsblatt Eberswalde. »Wir werden sie im Rahmen unserer Möglichkeiten dabei unterstützen.«

Eine Olympiasiegerin der Nazis?

Kritik am Stadtverordnetenbeschuß zum »Bürger-Weg«

Eberswalde (bbp). »Die Stadtverordneten haben sich eindeutig dazu bekannt«, heißt es in der Verwaltungsvorlage zur Benennung des Fuß- und Radweges zwischen Eberswalder Straße und Finowkanal, »das in der Stadt herrschende Ungleichgewicht der Straßenbenennung nach Männern (123) und Frauen (8) zugunsten der Benennung nach Frauennamen zu verändern. Gemäß der im ABPU* am 13.02.2018 abgestimmten Reihenfolge wird vorgeschlagen, den neuen Rad- und Gehweg zwischen Eberswalder Straße und Finowkanal in 'Bürger-Weg' zu benennen.« Die Stadtverordneten folgten am 29. Oktober mehrheitlich diesem Vorschlag.

»Ein fataleres Zeichen«, sagt dazu der fraktionslose Stadtverordnete CARSTEN ZINN, »konnte die übergroße Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde nicht setzen. Dies im Jahr des 75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus.« Mit dem »Bürger-Weg« soll die Eberswalder Turnerin und Olympiasiegerin von 1936 ERNA BÜRGER geehrt werden. Informationen darüber, in welchem Verhältnis sie zur NSDAP stand, lagen den Stadtverordneten nicht vor, die den geänderten Vorschlag als Tischvorlage erhielten. Zunächst sollte der Weg nach der Spechthausener Papierfabrikantin CAROLINE EBART benannt werden, was schon im ASWU* wegen fehlendem Standortbezug auf Kritik stieß.

Solche Diskussionen überraschen nicht, denn entgegen der obigen Darstellung gab es weder ein »eindeutiges Bekenntnis« der Stadtverordneten noch eine im ABPU »abgestimmte Reihenfolge«. In der besagten Ausschußsitzung am 13. Februar 2018 hatte die Verwaltung lediglich über ihre Ideen informiert und im Rahmen der Präsentation eine Reihenfolge der Namensvergaben genannt. Weder in der Präsentation noch in der Diskussion gab es nähere Angaben zu den vorgeschlagenen Personen und irgendwelche Anhaltspunkte für die vorgeschlagene Reihenfolge. Folgt man der Niederschrift, gab es dazu auch keine Diskussion. Von den Bau-, Stadtentwicklungs- und Um-

weltexperten, die von den Fraktionen in diesen Ausschuß entsandt wurden, kann eine solche Diskussion allerdings auch nicht erwartet werden. Straßennamen sind eher eine kulturelle Angelegenheit. Der Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) wäre wohl auch hinsichtlich des genannten Männer-Frauen-Ungleichgewichts bei der Straßenbenennung das kompetentere Gremium gewesen.

Trotz der gemachten Einwände befürwortete der ASWU am 6. Oktober einstimmig die Benennung des Wegs nach der Madame Ebart, was die Verwaltung nicht davon abhielt, dann zur Stadtverordnetenversammlung kurzfristig einen geänderten Vorschlag vorzulegen.

Zinn wirft insbesondere dem Vorsitzenden der Linksfraktion SEBASTIAN WALTER, den er als »glühenden und begnadeten Kämpfer gegen jede Form von Rechtsextremismus, neuen Formen und Erscheinungsbildern des modernen Faschismus« bezeichnet, vor, daß dieser »der Olympiasiegerin der 1936 in Berlin stattgefundenen Olympischen Sommerspiele nachträglich den gesellschafts- und kommunalpolitischen 'Persilschein' in der 'Diktatur des Finanzkapitals' ausgestellt hat«. Dies mache ihn »fast sprachlos und rief große Verwunderung« bei ihm hervor. Er selbst habe sein »unmißverständliches Nein-Votum« bei der Abstimmung niederschriftsrelevant begründet.

Für den Geh- und Radweg am Finowkanal, so Zinn, wäre »eine funktionale Bezeichnung mit einem lokalen und regionalen Bezug« angemessen gewesen. Die Benennung von Straßen nach nicht immer unumstrittenen Persönlichkeiten der historischen Zeitgeschichte, weiblich wie männlich, bedürfe einen gesellschafts- wie kommunalpolitisch bewußteren Umgang. Zinn verweist auf Oranienburg als Beispiel, wo dafür eine spezielle Benennungskommission gebildet wurde. Allerdings gab es in Oranienburg auch zu den Empfehlungen dieser Benennungskommission heftige und kontroverse Diskussionen.

* Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (seit 2019: Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt – ASWU)

»Bäumetausch« in der Altenhofer Straße

Eberswalde (bbp). In der Altenhofer Straße, in Fahrtrichtung Lichterfelde auf der linken Seite, wurden Ende Oktober die noch vorhandenen Birken gegen Baumhasel ausgetauscht. »Die Birken konnten sich trotz regelmäßiger Bewässerung und der Aufwertung des Bodens nicht an dem Standort etablieren«, begründet die Stadtverwaltung diesen Schritt. Einige Birken waren bereits in den vergangenen Jahren durch Baumhasel ersetzt worden, die sich gut entwickelt hätten. Daher sollen nun auch »die anderen abgestorbenen und schwachen Bäume ersetzt« werden. Den kompletten Austausch aller Birken, auch der bislang gut angewachsenen, hält Baumexperte Dr. ANDREAS STEINER für

»eine grundlegend falsche Entscheidung. Es wäre nicht nur schade um die Bäume, sondern auch finanzieller Unsinn.«

Es gehe um fünf Birken, die in städtischer Regie entlang des Rad-Gehweges von Finow nach Lichterfelde gepflanzt wurden, informiert CHRISTIN ZIERACH vom städtischen Baudezernat. Alle fünf Birken hätten sich nicht etablieren können und seien inzwischen »abgängig«. Fünf weitere Birken sind bereits vor zwei Jahren abgestorben und wurden durch die Baumhasel ersetzt. Die Birken, die auf der rechten Seite in Fahrtrichtung Lichterfelde stehen, gehören dem Landesbetrieb Straßenwesen und sind von der Austauschaktion nicht betroffen.

Regenentwässerung in Ostende:

Geplant ist ein »technisches Bauwerk«

Eberswalde (bbp). In den vergangenen Jahren wurde durch die Stadt Eberswalde an den sogenannten »Ostender Höhen« ein neues Wohngebiet für Einfamilienhäuser erschlossen. Dabei gab es einige Planungsmängel, die beispielsweise in trockenen Sommerphasen zu einem Wassermangel der neu angeschlossenen Grundstücke führt, weil die Querschnitte der Zuleitungen nicht dem neuen Bedarf angepaßt wurden. Die neuen Wohngrundstücke führten auch zu einer zusätzlichen Flächenversiegelung. Das führt nach jedem Starkregen zur Überflutung der Fahrbahn und des Gehweges in Höhe Ostender Höhen Nr. 30-32. Das Regenwasser fließt dort aus Richtung der Freienwalder Straße sowie aufgrund der Gefällelage auch von den Privatgrundstücken zusammen.

Teilweise sind auch Privatgrundstücke von den Überflutungen betroffen, weil das vorhandene Entwässerungssystem (Mulden und Rigolen) die Regenmengen nicht aufnehmen kann.

Die Verkehrssicherheit wird beeinträchtigt, hat auch das Baudezernat festgestellt und deshalb zusätzliche Entwässerungsmulden gebaut, die Bankette der Ostender Höhen gefräst sowie die Rigolen gereinigt, um schließlich festzustellen, daß diese Maßnahmen nicht ausreichen. Daher soll nun an der tiefsten Stelle im Bereich der Höhe Nr. 32 ein Versickerungsbecken gebaut werden. Bereits am 7. April 2020 hat der Hauptausschuß den Ankauf des vor-

gesehenen Privatgrundstücks beschlossen und es wurde die Planung in Auftrag gegeben. Im August lag schließlich die Ausführungsplanung vor, über die am 6. Oktober im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) informiert wurde.

Geplant sind zwei verbundene Sickerbecken, die nach den vorgestellten Planungen als schmucklose »technische Bauwerke« realisiert und mittels Doppelstabmattenzaun umzäunt werden sollen. Die Maßnahme ist bereits ausgeschrieben worden. Die Eröffnung der Angebote erfolgte einen Tag nach der ASWU-Sitzung. Eine Einflußnahme des Ausschusses auf die Ausführungsplanung war so nicht mehr möglich. Die Vergabe soll am 19. November durch den Hauptausschuß beschlossen werden. Als Baukosten sind etwa 240.000 Euro veranschlagt. Als Bauzeit ist, je nach Witterung, die Zeit von Dezember 2020 bis März 2021 vorgesehen.



FOTO: GERO MARMANN

Ein schmuckloses »technisches Bauwerk«, wie es an der Schönower Straße in Finow entstand, ist auch in den Ostender Höhen geplant. Im Brandenburgischen Viertel wurde die Ausführungsplanung eines ähnlichen Beckens noch angepaßt.

Eberswalde als »Sicherer Hafen«

Eberswalde (bbp). Die Fraktionen der Linken und der Bündnisgrünen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hat vorgeschlagen, daß die Stadt dem Bündnis »Seebücke« beiträgt und »sicherer Hafen für Geflüchtete« wird. Inzwischen hat auch Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur signalisiert, daß sie den Beschlußvorschlag unterstützt und als Miteinreicher fungieren möchte.

Die Initiative »Sichere Häfen« besteht bereits seit Herbst 2018, heißt es in der Begründung. Mehr als 100 Kommunen haben sich seitdem zu Sicheren Häfen erklärt und unterstützen die Aktion mit unterschiedlich weitgehenden Erklärungen. Spätestens der Brand im Flüchtlingslager Moria und die Überschwemmungen im alternativ aufgebauten Lager Kara Pete auf Lesbos haben deutlich gemacht, daß die menschenunwürdige Situation auf den griechischen Inseln nicht mehr hinzunehmen ist.

»Eberswalde hat in seiner gesamten Geschichte bewiesen, daß die Stadt Schutz bieten kann und will für Menschen, die vor Gewalt, Hunger und Krieg zu uns fliehen. Auch in den letzten Jahren hat die große Mehrheit der Stadtgesellschaft vieles für die Integration Schutzsuchender geleistet. Wir haben Platz in unserer Mitte für Menschen, die ein sicheres zu Hause suchen.«

Im Beschlußvorschlag heißt es: *»Die Stadt Eberswalde wird sich weiterhin für eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen einsetzen, erklärt sich in diesem Sinne zu einem 'sicheren Hafen' für Geflüchtete, unterstützt die Forderungen der internationalen Bewegung 'Seebücke' und tritt der 'Potsdamer Erklärung' vom 03.06.2019 bei. Die Stadt bietet daher der Bundes- und Landesregierung an, zusätzlich zum üblichen Aufnahmeverfahren, aus der Seenot im Mittelmeer gerettete Menschen aufzunehmen.«*

Hotel mit Gaststätte

Eberswalde (bbp). Das Haus in der Eisenbahnstraße 20 steht seit vielen Jahren leer. Ab 1990 hatten das vormalig von gesellschaftlichen Organisationen der DDR genutzte Haus die damals neu entstandenen Bürgerbewegungen und Parteien genutzt. So beherbergte das Haus nach 1990 das NEUE FORUM und das BEGEGNUNGSZENTRUM »WEGE ZUR GEWALTFREIHEIT« und Parteien wie Bündnis 90/Grüne und SPD. Aus dem Begegnungszentrum heraus entwickelten sich damals, maßgeblich von Udo Muszynski initiiert, auch eine Reihe von kulturellen Highlights, die zum Teil bis heute Bestand haben, wie zum Beispiel »Jazz in E.«.

Irgendwann wurde das Haus privatisiert und stand leer. Nun soll wieder Leben einziehen.

Möglich wird das mit Städtebaufördermitteln aus dem Programm Stadtumbau, mit dem auch die Sanierung, Sicherung und der Erwerb von Altbauten unterstützt wird. Bei dem Haus handelt es sich um ein Einzeldenkmal aus gelbem Ziegelstein, das einst als KÖNIGLICHES HAUPTSTEUERAMT einschließlich hofseitigem Stall- und Remise-Gebäude errichtet wurde. Bauträger ist die SL Grundstücks-GbR, die im März 2019 die Förderung beantragt hatte.

Am 27. Oktober beauftragte nun der Hauptausschuß die Verwaltung, einen entsprechenden Durchführungsvertrag abzuschließen. Dadurch steht nunmehr im Haushaltsjahr 2020 ein Zuschuß in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung. Die Stadt muß keinen Eigenanteil aufbringen und Zinsen, die anfallen, wenn die Fördermittel nicht 2020 abgerufen werden – was wahrscheinlich ist – trägt der Bauherr. Gegenstand der Förderung ist die Sanierung der Gebäudehülle (Dach, Fassade, Fenster, Türen, Außentreppe).

Gaststätten bleiben zu

BVB/Freie Wähler im Brandenburger Landtag beantragten für die Sondersitzung am 30. Oktober, in der zu erlassenden Corona-Verordnung die Schließung von Gaststätten nicht vorzusehen. Während wir die meisten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für nachvollziehbar halten, ist dies bei der vorgesehenen Schließung von Gaststätten nicht der Fall. Diese tragen nur zu 0,5% zum Infektionsgeschehen bei. Daher ist ein so gravierender Eingriff in das Grundrecht der Berufsfreiheit unverhältnismäßig und nicht gerechtfertigt. Wir folgen vielmehr dem Gemeinsamen Positionspapier von Wissenschaft und Ärzteschaft vom 29. Oktober, wonach es sinnvoller ist, daß sich Menschen in öffentlichen Räumen mit Hygienekonzepten treffen, als die sozialen und geselligen Begegnungen in Privaträume zu verlagern. Gastronomiebetriebe leisten einen erheblichen Beitrag zur Wertschöpfung. Viele von ihnen leiden bereits jetzt unter wirtschaftlicher Not. Daher sprechen wir uns für ihre Offenhaltung aus. **PÉTER VIDA**

Wenn Ehen tödlich enden

Auf Einladung des Vereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« gastierte der »Meister des schwarzen Humors« Stefan Hähnel am 29. Oktober im Gemeindehaus St. Annen in Panketal und gab einige seiner zahlreichen kriminell-skurilen Kurzgeschichten zum Besten.

Ob der zum Äußersten provozierte Professor, der um seine Fußball-Leidenschaft gebrachte Fan, ob die Damen beim Kaffeekränzchen, die dem Autor besonders bei den Mordmethoden aufmerksam lauschen – fast immer sind es Mißverständnisse oder unausgesprochene Defizite, die letztlich die Ursachen bilden für die tödlich-tragischen Ereignisse.



Foto: KUNSTBRÜCKE PANKETAL E.V.

Die gut 20 Gäste der letzten Kulturveranstaltung des Vereins vor dem zweiten Corona-Lockdown lauschten dem Berliner Künstler dankbar und mit sichtlichem Vergnügen.

Alle weiteren für November 2020 geplanten Veranstaltungen müssen derweil coronabedingt abgesagt werden. Der Verein wird u.a. auf seiner Homepage www.kunstbrueckepanketal.de aktuell auf neue Termine und Veranstaltungen hinweisen. **THORSTEN WIRTH**

»Druck erzeugt Bewegung«

Fahrbahnabsenkung in Finow repariert

Eberswalde (bbp). Während der Herbstferien wurde in der Altenhofer Straße im Eberswalder Ortsteil Finow gebaut. Wegen einer Fahrbahnabsenkung war dort seit mehr als einem Jahr die Geschwindigkeit auf 10 km/h beschränkt worden. Zuletzt wurde das sogar im Landtag Brandenburg thematisiert (BBP 5, 7-8 und 10/2020).

Nachdem PÉTER VIDA (BVB/Freie Wähler) sich auf Initiative unseres Lesers GUIDO PENZ mit einer entsprechenden Anfrage an die Landesregierung gewandt hatte, ging es dann sehr schnell, was Vida mit den Worten »Druck erzeugt Bewegung« kommentierte.

Die Reparatur der Fahrbahnabsenkung in Höhe des Wasserturms organisierte der zuständige Landesbetrieb Straßenwesen gemeinsam mit dem Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) Eberswalde. Die Absenkung war entstanden, nachdem der ZWA dort an den Leitungen gearbeitet hatte. Darüber hinaus erneuerte der Landesbetrieb auch Straßenabläufe, Borde und die Asphaltdeckschicht zwischen der Straße Am Stadtpark und dem Finowkanal.

»Regionalbahn muß erhalten bleiben«

Eberswalde (bbp). Im nächsten Jahr wird der Bundestag neu gewählt. Einige Direktkandidaten sind bereits benannt und beginnen, sich für den Wahlkampf »warm« zu laufen.

Einer von ihnen ist MICHAEL KELLNER, Bundestagsdirektkandidat von Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis Oberbarnim/Uckermark. Am 21. Oktober kam er nach Eberswalde, um für den dauerhaften Erhalt der Bahnstrecke von Eberswalde nach Templin zu werben. Wie der Sprecher der Barnimer Bündnisgrünen Dr. Michael Luthardt mitteilte, nutzte der Kandidat die Gelegenheit, »um von Eberswalde aus mit der RB 63 zu fahren und unterwegs an der Strecke viele Projekte und deren Akteure

kennen zu lernen. In Joachimsthal besuchte er den Veranstaltungsort Heidekrug 2.0 und das Lyrikcafé. Weiter ging es dann mit Zwischenstopp in Ringenwalde nach Templin und anschließend wieder zurück. Während der Fahrt suchte Michael Kellner das Gespräch mit Mitreisenden.

Michael Kellner, gleichzeitig Bundesgeschäftsführer der GRÜNEN, setzt sich für den dauerhaften Betrieb dieser Bahnstrecke über den dreijährigen Testzeitraum hinaus ein. Die Verbindung kann – neben der Nutzung durch Pendler – auch sehr gut als eine Erlebnisstrecke im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ausgebaut werden. Von einzelnen Haltepunkten aus könnten Wander- und Radtouren in das Schutzgebiet angeboten werden.«

Taktverdichtung RB 25 an allen Haltepunkten

Ahrensfelde (bbp). Die Ahrensfelder Unabhängigen – BVB/Freie Wähler kritisieren die Ausschreibung zur Umsetzung der Taktverdichtung an der RB 25. Die Infrastruktur muß so umgebaut werden, daß der 30-Minuten-Takt in beiden Fahrtrichtungen und für alle Haltepunkte realisiert werden kann, fordern sie.

Wunsch und Wirklichkeit der Bürger der Gemeinden Ahrensfelde und Werneuchen liegen weit auseinander. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) hat die Taktver-

dichtung für 2024 angekündigt. Jedoch sollen nicht alle Haltepunkte im 30-Minuten-Takt bedient werden, das ist nicht kundenfreundlich.

Zum Achsenentwicklungskonzept Ahrensfelde – Werneuchen gehört als wichtiges Ziel, den Individualverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Wird nicht an jedem Bahnhof im 30-Minuten-Takt angehalten, ist aber eine Entlastung der B 158 nicht in Sicht, denn viele Berufspendler werden dann nicht vom Auto auf die Schiene umsteigen.

Neuer Fahrrad für Obusse kommt

Der Enteignung der Garagenbesitzer auf städtischen Grundstücken (vgl. Seite 1) werden wir Widerstand entgegensetzen. Daher erneuern wir unseren 2019er Beschlußantrag zur unbefristeten Verlängerung des Selbstbindungsbeschlusses vom 25.03.2004. Der Verwaltungsentwurf zur »Richtlinie zur Garagenproblematik« ist abzulehnen.

Die Erstellung des Mobilitätsplans 2030+ war eine Fleißarbeit. Manche Maßnahmen machen Sinn. Anderes hingegen begründet sich nicht am tatsächlichen Bedarf in Eberswalde, sondern an »übergeordneten Entwicklungen«, die mit Eberswalder Interessen nichts zu tun haben. Namentlich wird hier die sog. »Ortsumgebung« B167neu genannt. Daraus ergeben sich strukturelle Fehlentwicklungen, die mit dem Mobilitätsplan 2030+ auf lange Dauer festgeschrieben werden sollen. Die Möglichkeiten, Lärm und Luftverschmutzung mittels Begrünung der vorhandenen Straßen und Fassaden

einzudämmen, bleiben unberücksichtigt. Unsere Fraktion lehnt daher diese Beschlußvorlage ab.

Mit unserem Vorschlag, das Fahrradnetz für den Obus bis Finowfurt zu erweitern, sind wir auf ein positives Echo gestoßen. Der Fahrrad wird zunächst bis zur Haltestelle Fachmarkt Finowfurt verlängert. Eine weitere Verlängerung des Fahrrads bis in die Ortslage von Finowfurt sowie nach Süding sollte auf der längerfristigen Agenda bleiben.

Für das von uns vorgeschlagene Stadtteilentwicklungskonzept für die Clara-Zetkin-Siedlung gibt es derzeit in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung leider keine Mehrheiten. Die Siedler müssen nun ihre Kräfte sammeln und organisieren. Wir werden sie im Rahmen unserer Möglichkeiten dabei unterstützen.

MIRKO WOLFGGRAMM
Die PARTEI Alternative für Natur und Umwelt

Designierter Generalsekretär zu Gast

In der gemeinsamen Sitzung der Ortsvereine Finow und Eberswalde am 28. Oktober, zu der auch alle Mitglieder des erweiterten Unterbezirksvorstand der SPD Barnim eingeladen waren, stellte sich der designierte Generalsekretär David Kolesnyk den Mitgliedern vor. Seit der Nominierung durch den Landesvorstand Anfang Oktober war er bereits in anderen Unterbezirken zu Gast, u.a. bei der SPD Uckermark.

Auch wenn der Landesparteitag jetzt coronabedingt abgesagt und auf später verschoben wurde, war es eine angeregte Diskussion zur Arbeit und Visionen des Generalsekretärs und der SPD Brandenburg. Er hat angekündigt, nach seiner Wahl gern noch einmal die SPD Barnim zu besuchen.

RINGO WRASE,
Vorsitzender SPD Ortsverein Finow

Innenstadtflächen nicht für »Privatinvestoren«

Stellungnahme zur Bürgerbeteiligung »Friedrich-Ebert-Straße-Süd«

Das Stadtentwicklungsamt hält weiter an einer Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd (FES) fest. Während unter den Corona-Bedingungen eine öffentliche Debatte um die Bebauung kaum möglich war, hat die Stadt an einem neuen Bebauungsentwurf gearbeitet. Durch den anhaltenden Protest zur geplanten Bebauung haben Stadtverordnete und Verwaltung verstanden, daß eine Blockrandbebauung in der Bürgerschaft auf große Ablehnung stößt. Aus diesem Grund beauftragte die Stadt das Planungsbüro, daß bereits im Auftrag des Investors den umstrittenen Entwurf vorlegte, nun einen Alternativentwurf auszuarbeiten, der die kritisierten Punkte aufgreift.

Am 15. September wurde der neue Entwurf der Öffentlichkeit als Diskussionsgrundlage vorgestellt: mit einem offenen Format auf der Wiese sollte die Kreativität der Bürgerinnen und Bürger in Schwung gebracht werden. Auf an Bauzäunen angebrachten Plakaten wurden der historische Zustand, die verschiedenen gescheiterten Bebauungsentwürfe sowie die neuen Ideen präsentiert.

Vorbeisclandernde Passanten sowie die sich pünktlich einfindende Gruppe an stadtpolitisch Interessierten hatten die Wahl zwischen drei verschiedenen Gestaltungsvorschlägen. Die Unterschiede zwischen den Entwürfen fallen dabei äußerst gering aus (www.eberswalde.de/friedrich-ebert-strasse-sued): Ein großes Gebäude Ecke Puschkin/Ebert-Straße plus zwei kleinere in Richtung der Bibliothek der HNEE, dazwischen kleinere Grün- und Freiflächen. Auf einer Abstimmungskarte konnte man einen der Vorschläge ankreuzen.

Das Design der Abstimmung forderte dabei nach Ansicht Einiger (absichtlich?) nicht dazu auf, abweichende Gestaltungsideen zu formulieren. Das ist auch deshalb verwunderlich, da die anwesenden Stadtverordneten auf Nachfrage äußerten, daß es natürlich noch keine beschlossene Sache sei, daß überhaupt gebaut würde oder daß die ganze Fläche bebaut werden müsse. Auf der Rückseite der »Abstimmungskarte« konnte das Feld »Meine Meinung zu den vorliegenden Entwürfen« dafür genutzt werden, alternative Gestaltungsideen zu formulieren. Laut Stadtentwicklungsamt werden die bis zum 15. Oktober eingegangenen Stimmen ausgewertet und dann den Stadtverordneten vorgestellt. Auf Basis dieser Auswertung soll dann weiter geplant werden.

Was wir darüber denken

Dieses Format der »Bürgerbeteiligung« empfinden wir als einigermaßen enttäuschend. Die »Abstimmung« ist in keiner Weise politisch bindend und der Prozeß der Auswertung wenig transparent.

Wir hörten am 15. September immer wieder das Argument, die Vorschläge seien ein »Kompromiß zwischen Erhaltung der Grünfläche und vollständiger Bebauung«. Das sehen wir anders. Die Bebauung steht bei den drei Vorschlägen eindeutig im Vordergrund. So kann trotz eingetragener Grünflächen im hinteren Bereich laut Angaben des Stadtentwicklungsamtes der Erhalt des vorhandenen Baumbestandes nicht garantiert werden.

Zudem ist es laut den Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung Konsens, daß die Fläche bebaut werden soll. Hier fragen wir uns, wo die vielen Stimmen der Menschen Gehör finden, die sich einen Erhalt der Fläche wünschen. Wir konnten bisher an nur 4 Tagen von Dezember 2019 bis März 2020 über 610 Unterschriften (Zählung 11.03.2020) gegen die Bebauung sammeln. Auch jetzt waren wir wieder in der Stadt unterwegs, um dafür zu werben, daß Bürgerinnen und Bürger sich kritisch im Beteiligungsprozeß engagieren. Die große Mehrzahl der Menschen, mit denen wir an Fine, Flohmarkt, Erntedankfest oder Street Food Festival sprachen, äußerte sich kritisch gegenüber einer Bebauung. Für uns wird hier eine Spaltung deutlich, die zwischen den Bürgern und (den meisten) ihrer Stadtverordneten verläuft. **Wenn Bürger äußern, sie hätten kaum Vertrauen in die lokale Politik und daß diese »die Bebauung sowieso durchsetzen wird«, dann ist offenkundig, daß hier Handlungsbedarf besteht.**

Im Gespräch mit Stadtverordneten werden wir immer wieder darauf hingewiesen, daß man doch »in die Bürgersprechstunde oder den Bauausschuß gehen könnte« oder sich in einer der Fraktionen engagieren sollte. Unserer Auffassung nach genügt das nicht. Wer es gewohnt ist, frei zu sprechen und die eigene politische Meinung öffentlich zu äußern, dem oder der ist das sicherlich möglich – für alle anderen stellt dies eine große Hürde dar. Wir beurteilen diese alten Formate als unzureichend für eine umfassende Beteiligung und die Herausbildung eines Entwicklungsvorschlags, der alle Stimmen repräsentiert.

Unsere Forderungen

– Einen echten, auf Augenhöhe partizipativen und langfristigen Beteiligungsprozeß anstoßen. Wir begrüßen grundsätzlich die Bereitschaft der Stadt, Beteiligung zu schaffen – nehmen aber auch wahr, daß neue Formate von Lokalpolitik in Eberswalde bisher wenig stattfinden. Mit dem großen Thema der Entwicklung der Friedrich-Ebert-Straße-Süd könnte sich eine gute Möglichkeit bieten, neue Beteiligungsformate auszuprobieren. Vorstellbar wären hier z.B. Zukunftswerkstätten, Ideenwettbewerbe oder Raumlabore – am besten als temporär installierte Gebäude auf der Fläche selbst.

– Wenn das Potential der Waldstadt mit ihren vielen Initiativen und engagierten Bürgern genutzt wird, kann unserer Auffassung nach ein



Foto: Guido Penz

....und wieder ein Geschäft in der Friedrich Ebert Straße welches schließt. Hier gab letztlich Covid19 den Ausschlag. Das REISEBÜRO FERN UND MEER ist Vergangenheit.

breiteres Spektrum an Gestaltungsideen entstehen. So kann ein Entwicklungsvorschlag gefunden werden, durch den sich mehr Bürgerinnen und Bürger gesehen fühlen.

– Sich für diesen Beteiligungsprozeß von externer Seite professionell beraten und begleiten zu lassen, finden wir sinnvoll – denn wir alle müssen neue Formate von Lokalpolitik erst lernen. Die so durchgeführte Beteiligung muß politisch bindend sein, damit sich die Bürger ernst genommen fühlen.

– Außerdem schon jetzt eine umfassende Prüfung der Auswirkungen einer möglichen Versiegelung dieses Standortes: auf das lokale Stadtklima, auf die Lufthygiene, auf den Wasserhaushalt und den Naherholungswert durch qualifizierte, unabhängige Sachverständige. Auch dafür haben im Frühjahr 2020 über 600 Menschen unterschrieben.

Im Gespräch mit einigen Stadtverordneten wurden von diesen Vorstellungen geäußert wie ökologische Holzbauweise, eine gemeinwohlorientierte Entwicklung der Fläche oder die Schaffung von Begegnungsräumen sowie von Fläche für lokale Gewerbetreibende. Diese Wünsche stehen unserer Meinung nach in deutlichem Gegensatz zum Plan, die Fläche an einen gewinnorientierten, privaten Investor zu verkaufen. Möchte die Stadt unkommerzielle Räume im Stadtzentrum erhalten und ein belebtes Stadtzentrum für alle schaffen, so ist ein Verkauf nicht sinnvoll. **Wir fordern deswegen: keinen Verkauf innerstädtischer Flächen an private Investoren.**

Recht auf Eberswalde, sowie alle weiteren unterzeichnenden Initiativen stehen weiteren Gesprächen mit der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten über das weitere Vorgehen offen gegenüber.

Luftschloß bleibt beste Idee

Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde zur Diskussion um die Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd:

Am 15. September fand auf der Freifläche an der Friedrich-Ebert-Straße auf Einladung des Stadtentwicklungsamtes eine Bürgerinformation statt. Dabei wurde ein neuer Bebauungsvorschlag vorgestellt, der als »nachhaltige Bebauung mit viel Grün« bezeichnet und in drei kaum zu unterscheidenden Varianten präsentiert wurde. Die Eberswalderinnen und Eberswalder hatten bis zum 15. Oktober die Möglichkeit, zwischen diesen drei fast identischen »Varianten« zu wählen. Die bei seriösen Entscheidungsvorschlägen übliche Null-Variante stand nicht zur Auswahl.

Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur spricht sich selbstverständlich gegen so eine Null-Variante aus. Eberswalde braucht Entwicklung. Und Entwicklung läßt sich nur mit Bauen erzielen. Beton ist einer der nachhaltigsten Baustoffe. Betonbauten halten fast ewig (von den Bundesautobahnen abgesehen). Daß sich auch auf engstem Raum die Forderung nach »viel Grün« erfüllen läßt, zeigt der Neubau eines Ärztehauses in der Weinbergstraße mit seinen waagerechten Bäumen. Es gibt also Alternativen zum natürlichen Grün der städtischen Parks und Grünflächen. Dennoch war es aus unserer Sicht überflüssig, einen weiteren Bebauungsvorschlag erarbeiten zu lassen. Denn es liegt längst ein machbarer und mindestens ebenso innovativer Entwurf für die Ebertstraße-Süd vor: das »Luftschloß Ebertwiese«. Im vorigen Dezember gab es dafür sogar schon die feierliche Grundsteinlegung.

Wir hatten damals vorgeschlagen, den nachhaltigen Personalaufwuchs in der Stadtverwaltung innovativ in einem Amt für Klimawandel zu konzentrieren. Und der beste Standort für dieses Klimawandelamt ist natürlich das »Luftschloß Ebertwiese«. Vielleicht finden unsere Vorschläge doch noch Gehör.

MIRKO WOLFGRAHM (Fraktionsvorsitzender)

Preis für Hortneubau

Eberswalde (bbp). Das Preisgericht für den Wettbewerb des Neubaus für das Hortgebäude und die Neugestaltung der Außenanlagen in der Kyritzer Straße hat am 27. Oktober getagt und nach fast 12-stündiger Sitzung eine Entscheidung gefällt. Dies teilte Baudezernentin Anne Fellner jetzt mit. Die offizielle Preisverleihung am 10. November fand in kleinem Kreis statt. Wegen der verschärften Corona-Regeln entfiel die geplante öffentliche Feier.

Für alle Interessierten wird ab dem 12. November eine Aufzeichnung der Veranstaltung auf der Internetseite der Stadt Eberswalde zu sehen sein. Dort gibt es dann auch eine digitale Ausstellung aller Arbeiten. Dies ersetzt dann leider auch die Ausstellung, die im Dietrich-Bonhoeffer-Haus geplant war.

Ein klares Ja mit Vorbehalten

B90/Grüne mit Positionspapier zur Bebauung der Ebert-Straße-Süd

Bündnis 90/Die Grünen stimmen einer Bebauung am Standort Friedrich-Ebert-Straße nur zu, wenn klare städtebauliche, soziale und ökologische Kriterien erfüllt werden. Hierzu entwickelten die Oberbarnimer Bündnisgrünen ein Positionspapier, das auf der Regionalversammlung am 13. Oktober ohne Gegenstimme angenommen wurde.

In dem Positionspapier fordern wir eine Bebauung, die das Erscheinungsbild der Innenstadt deutlich aufwertet und Identität stiftet. Dafür setzen wir auf eine aufgelockerte Bebauung mit öffentlichen Plätzen, Nischen und Grünanlagen. Wir wollen eine hohe Aufenthaltsqualität schaffen, die zum Bleiben einlädt. Die Bebauung des Areals soll ökologisch Vorbildcharakter haben. Hierzu gehören eine klimapositive Bauweise, Nutzung/Erzeugung erneuerbarer Energien, Nutzung nachhaltiger Baumaterialien und umfassende Dach- und Fassadenbegrünung.

Die Gestaltung der Baukörper und Grünanlagen soll nach dem Konzept der Schwammstadt erfolgen, um Regenwasser lokal zurückzuhalten, das Stadtklima zu verbessern und Stadtbäume besser mit Wasser zu versorgen. Zudem fordern Bündnis 90/Die Grünen einen verbindlichen Fahrplan für die Umwandlung der Friedrich-Ebert-Straße in eine verkehrsberuhigte Zone und eine bauliche Umgestaltung des Straßenraums. Dafür sind schlüssige Konzepte für den Liefer-, Anwohner-, Bus-, Rad- und Fußverkehr gefragt. Eine Bebauung muß konform mit diesem Ziel erfolgen.

Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist für Grüne/B90 ein zentraler Punkt, um der sozialen Spaltung entgegen zu wirken. Deshalb wollen wir mindestens 30 Prozent des insgesamt entstehenden Wohnraums im sozialen Wohnungsbau fördern. Wir würden außerdem eine kleinteilige Bebauung durch mehrere Bauträger begrüßen. Auch das fördert die Chancen für ein gutes soziales Miteinander, weil dadurch unterschiedliche Angebote entstehen. Bündnis 90/Die Grünen schlagen vor,

die Entscheidungsfindung durch eine **ständige Bürgerversammlung** zu begleiten. Dafür sollen per Zufallsauswahl Eberswalderinnen und Eberswalder berufen werden. Das Vorhaben wird in Eberswalde heiß diskutiert. Deshalb sollten wir demokratische Prozesse neu denken, vor allem in einer so wichtigen Sachfrage. Unser Vorschlag für das Konzept der Bürgerversammlung kostet sicher etwas Zeit und Geld. Das wäre aber aus grüner Sicht gut angelegt, weil es unser demokratisches Gemeinwesen stärkt und die Akzeptanz der Entscheidung erhöht.

SARAH POLZER-STOREK

Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen KV Barnim

Das Positionspapier kann im Internet auf www.gruene-barnim.de eingesehen werden.

»Eberswalde braucht keine Lösungen von der Stange, sondern eine unverwechselbare und vitale Innenstadt. Ich begrüße daher die klare Positionierung der grünen Basis, die ich für ambitioniert und machbar halte. Vor allem die Vorschläge zur Nutzung des Areals sind wichtig. Es ist richtig, für Handel und Gastronomie kleinteilige und individuelle Angebote als Ziel auszugeben, um die Vielfalt und Qualität im innerstädtischen Einzelhandel zu stärken. Denn trotz wachsender Online-Angebote bleiben Gastronomie und Handel unverzichtbare Partner für eine lebendige Innenstadt, die auch als Wirtschaftsraum ein wichtiger Faktor bleiben soll. Dafür sollten wir alle Chancen nutzen, neue Ideen entwickeln und das City-Management weiter stärken.«

KAREN OEHLER, parteilose Vorsitzende der Fraktion B90/Grüne in StV Eberswalde

Ein Oktoberfest in Altenhof

Ein Oktoberfest, das dem Original in nichts nachstehen sollte, veranstaltete jetzt die Allohheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« für Bewohner, Mitarbeiter und Angehörige. Aufgrund der Hygienevorschriften mußte das Fest in kleinerem Rahmen stattfinden, doch das tat der Stimmung keinen Abbruch.

In München fiel das diesjährige »O'zapft is«, mit dem der Oberbürgermeister traditionell das Oktoberfest eröffnet, Corona-bedingt aus. Das größte und bekannteste Volksfest der Welt wurde abgesagt. Im »Haus am Werbellinsee«, wo das hauseigene Oktoberfest mittlerweile schon Tradition hat, fand es statt. Bei Brezeln, deftigem bayerischen Essen und diversen Bierspezialitäten feierten die Bewohnerinnen und Bewohner mit Mitarbeitern ihr eigenes Oktoberfest. Zünftig verlief es, denn auch die entspre-

chende musikalische Untermauerung fehlte nicht. »Der ein oder andere trug sogar eine bayerische Tracht, so daß wir unter Einhaltung aller Hygienevorschriften und Auflagen das vertraute Oktoberfest-Flair ganz hautnah in die Einrichtung holen konnten«, freut sich Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch. Um das auch optisch zu untermauern, wurde der Veranstaltungsraum in der Krumme Str. 5 dem Veranstaltungsmotto entsprechend mit Bierkrügen oder auch weiß-blauen Fähnchen geschmückt. So konnte man die typisch bayerischen Schmankerl in der passenden Atmosphäre genießen. Die Stimmung war ausgelassen und fröhlich zugleich. Im kommenden Jahr, so hoffen alle Beteiligten, wird man dann wieder in gewohntem Rahmen und mit vielen Bürgern gemeinsam feiern können.

ANNEKA BRANDENFELS

Ausgleich für verlorenes Stadtgrün

von Sylke und Toralf Köhn

Vielen Dank, daß uns Bürgern der Stadt die Möglichkeit gegeben wird, sich an der Stadtentwicklung demokratisch zu beteiligen. Vorab: Wir sind gegen die Bebauung der Ebertwiese. Wir schließen uns vollumfänglich den guten Argumenten der Gegner einer Bebauung an.

Gerade die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, daß Stadtbewohnern eben nicht nur durch Shoppen ein lebenswertes Wohnen und Leben ermöglicht wird. Wichtiger ist – gerade bei einer Einschränkung des normalen Alltags – daß es grüne Freiräume in der Stadt gibt, die auch Bewohner nutzen können, die nicht per Auto ins Umland fahren können und wollen.

Alle ökologischen Vorteile eines solchen grünen Bereichs, gerade in der Innenstadt, die schon maximal zugebaut ist, sind bekannt. Die erklärten Klimaschutzziele aus dem Jahr 2013, die erklärten Ziele zu einer gesunden und intakten Umwelt aus dem Mittelbereichskonzept aus dem Jahr 2014, die Ziele zum Umweltschutz im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Strategie Eberswalde 2030, zeigen zum Thema Stadtgrün noch eine gewisse Priorität. Die Entwürfe zur Bebauung der Ebertwiese lassen keine Klimaziele mehr erkennen!

Eberswalde braucht nicht noch mehr leerstehende oder ständig wechselnde Ladengeschäfte. Im Stadtbild wird immer wieder sichtbar, daß Shoppen in Eberswalde nicht unbegrenzt nachgefragt ist.

Eberswalde kann aber durch ein attraktives grünes Stadtbild punkten. Viele Menschen ziehen ja gerade aus Städten mit Betonklötzen ins grüne Umland. Aber auch die Anwohner in der Innenstadt, die hier schon länger wohnen, haben ein Anrecht auf eine grüne Stadtlung.

Und unterstützen kann man vorhandenes Gewerbe ja auch, indem gerade potentielle Käufer entspannt an Geschäften und Park vorbei flanieren können, im Schatten der Natur noch ein Eis essen oder über die Ebertwiese weiter in den Weidendamm-Park gehen. Fremde Besucher kommen in einer zugebauten Innenstadt ja gar nicht auf die Idee, daß hinter den Betonmassen eventuell noch ein Park zum Entspannen vorhanden ist. Zugebaute Innenstädte gibt es genug. Das muß man in Eberswalde nicht auch noch haben.

Noch kann man in Eberswalde keine Wohnungsnot erkennen. Daher kann alleine das Argument Wohnraumschaffung keinen Vorrang vor einer ökologisch wichtigen Stadtlung bekommen.

Die Stadt Eberswalde sorgt ja selber durch den Verkauf ökologisch wertvoller Flächen an Privat dafür, daß die noch vorhandenen Grünflächen umso wertvoller und erhaltenswerter werden. Wir verweisen hier auf den Verkauf der vitalen alten Buchen-Baumgruppe in Westend zwischen Brunoldstraße und Kupferhammerweg. Dieses für das Stadtklima und die biologische Vielfalt sehr wertvolle Refugium mit seinen gesunden Laubbäumen existiert nicht



FOTO: GERO MÄRRMANN

mehr, da kurz nachdem die Stadt das Buchenwäldchen verkauft hat, alle gesunden Rotbuchen vom neuen Eigentümer gefällt wurden.

Wenn die Stadt also weiterhin entgegen den erklärten Klimazielen aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus Stadtgrün zum Vernichten freigibt, erhöht sie damit die Wichtigkeit der verbleibenden Grünflächen. Wenn alte gesunde Laubbäume verkauft werden, damit sich die Stadt Verkehrssicherungskosten erspart und diese dann durch einen Kahlschlag dem gesunden Stadtklima fehlen, erhöht sie selber die Bedeutung der noch im Stadtbild vorhandenen Biotope um ein Vielfaches!

Die jungen, neu gepflanzten, pflegeintensiven, und trotzdem in den Hitzesommern vertrocknenden Straßenbäumchen können den Baumschwund im Stadtgrün nicht wettmachen. Umso bedeutender ist der Erhalt der noch vorhandenen Grünflächen in der Stadtmitte, die erst durch ihren Verbund miteinander den ökologischen Wert erhalten, den das verloren gegebene Stadtgrün bislang kostenlos zur Verfügung stellte.

Auch das Argument, daß die Ebertstraße vor dem Krieg bebaut war, kann hier nicht punkten. Wie viele Flächen, die vor dem Krieg nicht bebaut, sondern mit Bäumen, Wiesen und Hecken bestanden waren und der Waldstadt Eberswalde Namen und ihr grünes Image gegeben haben, sind inzwischen bebaut!? Wenn hier tatsächlich das Argument der Vergangenheit zum Ausgleich verloren gegangener Bebauung ziehen sollte, dann sollte gerechterweise auch das Argument für einen Ausgleich verloren gegangenen Stadtgrüns in Betracht gezogen werden.

Wir sprechen uns somit gegen die Bebauung der Ebertwiese und für die Durchsetzung der Klimaziele der Stadt Eberswalde aus.

Es ist übrigens nicht sehr demokratisch, daß in der Umfrage keine Variante 4 (Nichtbebauung) als Gestaltungsvariante zum Abstimmen zur Verfügung stand!

»Regionalbahn erhalten«

Eberswalde (bbp). Im nächsten Jahr wird der Bundestag neu gewählt. Der genaue Termin steht noch nicht fest, muß aber nach Grundgesetzartikel 39 zwischen dem 25. August und dem 25. Oktober liegen. Eine Reihe von Parteien haben ihre Direktkandidaten bereits benannt, die inzwischen beginnen, sich für den Wahlkampf »warm« zu laufen.

Einer von ihnen ist MICHAEL KELLNER, Bundestagsdirektkandidat von Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis Oberbarnim/Uckermark. Am 21. Oktober kam er nach Eberswalde, um für den dauerhaften Erhalt der Bahnstrecke von Eberswalde nach Templin zu werben. Wie der Sprecher der Barnimer Bündnisgrünen Dr. MICHAEL LUTHARDT mitteilte, nutzte der Kandidat die Gelegenheit, »um von Eberswalde aus mit der RB 63 zu fahren und unterwegs an der Strecke viele Projekte und deren Akteure kennenzulernen. In Joachimsthal besuchte er den Veranstaltungsort Heidekrug 2.0 und das Lyrikcafé. Weiter ging es dann mit Zwischenstopp in Ringenwalde nach Templin und anschließend wieder zurück. Während der Fahrt suchte Michael Kellner das Gespräch mit Mitreisenden. Michael Kellner, gleichzeitig Bundesgeschäftsführer der GRÜNEN, setzt sich für den dauerhaften Betrieb dieser Bahnstrecke über den dreijährigen Testzeitraum hinaus ein. Die Verbindung kann – neben der Nutzung durch Pendler – auch sehr gut als eine Erlebnisstrecke im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ausgebaut werden. Von einzelnen Haltepunkten aus könnten Wander- und Radtouren in das Schutzgebiet angeboten werden.«

Buchhandlungspreis

Eberswalde/Bernau (bbp). Die Preisträger für den Deutschen Buchhandlungspreis 2020 stehen fest. Unter den 426 Bewerbungen wurden 118 Buchhandlungen ausgewählt. Fünf kommen aus Brandenburg und können nun auf bis zu 25.000 Euro hoffen. Mit dabei sind die BUCHHANDLUNG MAHLER aus Eberswalde und die BUCHHANDLUNG SCHATZINSEL aus Bernau, heißt es in einer Presseinformation des Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke.

Das dotierte Gütesiegel wird in drei Kategorien vergeben: 7.000 Euro für bis zu einhundert hervorragende Buchhandlungen, 15.000 Euro für bis zu fünf Buchhandlungen, die aus den nominierten Buchhandlungen besonders herausragen sowie 25.000 Euro für die drei besten der nominierten Buchhandlungen. Darüber hinaus werden weitere 10 Buchhandlungen mit undotierten Gütesiegeln geehrt, deren durchschnittlicher Jahresumsatz in den vergangenen drei Jahren eine Million Euro überschritt.

Mit dem Deutschen Buchhandlungspreis würdigt der Bund unabhängige und inhabergeführte Buchhandlungen in der BRD, die tolle Konzepte, Sortimente und auch kulturelle Veranstaltungen bereithalten.

Ganzheitliche Ernährung (2)

Heute möchte ich Ihnen einen wichtigen Baustein für unseren menschlichen Körper vorstellen: DIE VITAMINE. Vitamine zählen zu den sogenannten »Mikronährstoffen«, darunter versteht man Stoffe, die lebensnotwendig sind. Die ersten Vitamine wurden im Jahr 1908 entdeckt und es zeigte sich sehr schnell, daß diese Stoffe für das Überleben unseres Körpers notwendig sind, auch wenn meist schon kleine Mengen reichen. Vitamine sind für fast alle Stoffwechselfvorgänge im Körper unerlässlich und wirken auch als Antioxidantien. Antioxidantien sind Stoffe, die sogenannte »freie Radikale« neutralisieren und somit zu einem verminderten Krankheitsrisiko beitragen. Nach heutigem Stand gilt dies für die Vitamine C und E sowie für B2.

Vitamine werden in zwei Gruppen unterteilt: Zum einen sind dies die *wasserlöslichen Vitamine*, dazu gehören die Vitamine B1, B2, B3, B5, B6, B7, B9, B12 und das Vitamin C. Wasserlösliche Vitamine können nicht überdosiert werden, ein eventueller Überschuß wird vom Körper ausgeschieden. Zum anderen gibt es die *fettlöslichen Vitamine*, dies sind die Vitamine A, D, E und K. Für die Aufnahme der fettlöslichen Vitamine wird Fett benötigt, deshalb sollte man z.B. Möhren, die ein Lieferant für Vitamin A sind, immer mit etwas Öl essen oder in Öl anbraten. Fettlösliche Vitamine können überdosiert werden, was wiederum zu einer unerwünschten, weil erhöhten Kalziumaufnahme führen und es dadurch auch zu Komplikationen wie Nierensteinen oder Gefäßverkalkungen kommen kann. Alle genannten Vitamine sind für den Menschen essentiell, das heißt, der menschliche Körper kann diese Vitamine nicht selber in der ausreichenden Menge herstellen oder gar nicht herstellen, und deshalb müssen diese Vitamine oder eine Vorstufe der Vitamine, die sogenannten »Provitamine« mit unserer Nahrung aufgenommen werden.

Eine ausgewogene Ernährung, das heißt reichlich Gemüse, moderat Obst und gesunde Fette und Kohlenhydrate in Maßen sorgen dafür, daß wir meist nicht an einem Vitaminmangel leiden. Wenn Sie sich unsicher sind, kann der Arzt den Vitaminstatus ermitteln lassen. Vitaminpräparate in Tablettenform einzunehmen ist nicht ratsam, da unser Körper auf die Aufnahme von natürlichen Vitaminen wie sie beispielsweise in Gemüse und Obst vorkommen, eingestellt ist, chemisch hergestellte synthetische Vitamine sind eben keine ganz identische Kopie von natürlichen Vitaminen und können somit vom Körper deshalb nur teilweise aufgenommen werden.

Besonders viele Vitamine finden sich in diesen Gemüsen: alle Kohlsorten, in Paprika und Möhren, in Fenchel und Feldsalat. Bei Obst stechen vor allem die Beeren heraus, also Erdbeeren, Brombeeren, Himbeeren und Johannisbeeren. Wir haben also alles gesunde Obst und Gemüse direkt vor unserer Haustür und brauchen nur zugreifen. **FALK HINNEBERG**

Bürgerbeteiligung bleibt ohne Wirkung

Die Mobilitätsstrategie von Eberswalde – mit den Bestandteilen Luftreinhalte- und Lärmaktionsplanung – wird derzeit in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung diskutiert. Am 6. Oktober stand sie in erster Lesung im Ausschuß für Stadtentwicklung Bauen und Umwelt (ASWU) auf der Tagesordnung.

Fasziniert lauschte ich den Ausführungen des für die Ausarbeitung der Strategie verantwortlichen Unternehmens. Dessen Vertreter sagten, daß es in Zukunft wesentlich mehr Verkehr auf den Eberswalder Straßen geben wird, es aber auch wesentlich ruhiger und die Luft sauberer werden würde. Und das ganz ohne Elektro-Autos – ich war baff. Ja, wie geht denn sowas?

Die einzige mir bekannte Möglichkeit die Auswirkungen von Lautstärke und Luftverschmutzung durch Verkehr zu reduzieren – ohne zugleich den Verkehr an sich einzuschränken – besteht darin, die Straße auf beiden Seiten radikal und intensiv zu begrünen. Sprich: die Straßenränder mit Bäumen zu bepflanzen, sie im Idealfall zu Alleen zu machen, und breite Blühstreifen anzulegen (die nur einmal im Jahr gemäht werden), die angrenzenden Hausfassaden zu begrünen und begrünte Schallschutzmauern zu errichten. Und noch einiges mehr ließe sich tun, um die Auswirkungen von Luftverschmutzung und Lärm zu vermindern. Doch soweit ich es übersehen konnte, ist in dem dicken Packen Papier namens »Mobil in Eberswalde« an keiner Stelle von irgend etwas in der Art die Rede.

Also meldete ich mich in meiner grenzenlosen Verwirrung zu Wort und fragte, ob die Begrünung denn ein zentraler Aspekt der Mobilitätsstrategie wäre. Zur Antwort bekam ich, daß ich doch bitte das Papier lesen solle und es viele Kooperationen, zum Beispiel mit den öffentlichen Verkehrsbetrieben gebe. Unfaßbar, wie um den heißen Brei drumrum geredet wurde und sie doch allen Ernstes so taten, als hätte ich nichts gelesen. Ein einfaches Nein als Antwort hätte mir ja gereicht...

Tatsächlich werden in der Anlage 4.2, in der Anmerkungen und Vorschläge von Einwohnern zu den Workshops notiert sind, auch Vorschläge zur Fassadenbegrünung und dem Bau von Wildtierbrücken wiedergegeben. Im Strategiepapier selbst und den vorgeschlagenen Maßnahmen sucht man danach vergeblich.

Die Einwohner wurden beteiligt, wie es vorgeschrieben war. Aber es schreibt wohl niemand vor, daß die Einwohnerhinweise in irgendeiner Weise in das Konzept mit eingearbeitet werden müssen. Schade, insoweit ist es schlicht überflüssig, die Öffentlichkeit überhaupt mit einzubinden.

Warum werden die Bürger gefragt, wenn es scheint, daß es sie das alles ja doch bloß nichts angeht?

Es ist immer wieder erstaunlich, wie einfach sich die Dinge, die man gerne haben möchte, herbeirechnen lassen und wie weit man an den erforderlichen Maßnahmen vorbei arbeiten und trotzdem behaupten kann, etwas getan zu haben. Wen erstaunt es noch, daß weiterhin sämtliche Klima- und Naturschutzziele ignoriert und einfach nur alles schön gerechnet wird? Mich nicht, aber damit abfinden möchte ich mich auch nicht.

Ich habe begonnen, mich kommunalpolitisch zu engagieren, um diese Stadt grüner und lebenswerter zu machen. Mir ist schon klar, daß das wie ein Kampf gegen Windmühlen ist. Aber auch wenn es alles nichts nützt, so möchte ich doch am Ende meinen Kindern sagen können, daß ich alles versucht und mein Bestes gegeben habe, um diese Welt lebenswerter zu machen und für die zukünftigen Generationen zu erhalten.

PEGGY SIEGEMUND

»Bäume pflanzen, Bäume abhau'n«*

Eberswalde (bbp). Der Klimawandel stellt auch den Eberswalder Stadtwald vor wachsende Herausforderungen, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung. Im Rahmen der Kampagne »Mit Weitblick für mehr Waldblick« kooperiere die Stadt Eberswalde in Form des Hortes »Kinderinsel«, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der Optiker »hoffmann & brillen«, um gemeinsam zusätzliche Bäume im Stadtgebiet zu pflanzen.

»Eberswalde ist eine Stadt der Nachhaltigkeit und der Vernetzung, die verschiedenen Protagonisten arbeiten zum Wohle der Stadtgesellschaft zusammen, darüber freue ich mich sehr«, so Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI. Stadtförster FLORIAN MANNNS hat drei potentielle Flächen im Stadtgebiet bestimmt, auf denen die Pflanzungen stattfinden können. »Welche der Flächen schließlich im Frühjahr 2021 ausgewählt werden

wird, kann erst nach dem Winter gesagt werden, da erst dann die konkreten Schäden der letzten drei trockenen Jahre sichtbar sein werden«, so der Stadtförster. Auch die Baumarten werden erst nächstes Jahr bestimmt, da sie maßgeblich von den vorliegenden Bodenverhältnissen abhängt.

Ob es auch ein Umdenken hinsichtlich der Bewahrung bestehender Kleinwälder gibt, wurde nicht mitgeteilt, aber bereits im Frühjahr in der Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE PARTEI Alternative für Umwelt und Natur abschlägig beschieden. In einem kürzlich an privat verkauften Grundstück in Westend hatte der neue Eigentümer im Winter 2019/20 den gesamten Baumbestand, bestehend aus etwa 150jährigen gesunden Buchen, abholzen lassen (BBP 2-3/2020).

* Zitat aus »Wenn ein Mensch lebt« (Die Puhdys, Text: Ulrich Plenzdorf)

Ökologisch und kostensparend

Eberswalde (bbp). Zur Sitzung des Eberswalder Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt am 6. Oktober berichtete JAN WEBER vom städtischen Tiefbauamt über die »Eberswalder Blumenwiesen«. Im Frühjahr 2019 waren die ersten Grünflächen, die vorher regelmäßig gemäht wurden, als Blühwiesen deklariert (BBP 7/2019).



Die Blumenwiese an der Frankfurter Allee soll auch nach dem Bau der dort geplanten Regenwasserversickerung (BBP 7-8 u. 9/2020) erhalten bleiben. Eine Auflistung aller Blühflächen findet sich auf Seite 11 der Präsentation (Anlage der Niederschrift des ASWU v. 6.10.20, https://sessionnet.eberswalde.de/sessionnet/bi/si0057.php?_ksinr=1131).

Zum Teil wurden spezielle standortangepasste Blühmischungen ausgesät. Vor allem werden die Flächen weniger häufig gemäht und es wird auf zusätzliche Düngung und Bewässerung verzichtet. »Die Eberswalder Blumenwiesen lassen der vorhandenen Flora und Fauna mehr Zeit und Raum zur Entwicklung und führen zu einer Anreicherung von weiteren Arten«, erläuterte Jan Weber. »Die Blühwiesen wirken temperaturlausgleichend, dienen dem Erosionsschutz und der Absorption von Schadstoffen und Staub. Zugleich erhöht sich die Biodiversität. Die Wiesen bieten mit ihren arten- und strukturreichen Pflanzengesellschaften auch günstige Lebensräume und Nahrung für die Tierwelt, insbesondere für Insekten.«

Im ersten Jahr wurden 33 Blühflächen auf 4,07 Hektar etabliert. 2020 kamen weitere 4,24 Hektar dazu und für 2021 sind nochmal 2,9 Hektar neue Blühflächen geplant. Alle Flächen werden durch Schilder ausgewiesen, sie sind im Geoportal Eberswalde eingetragen und Bestandteil der Umweltbildung mit der Kita »Haus der Kleinen Forscher«.

Eine enge Zusammenarbeit gibt es mit der Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE). So widmete sich die Bachelorarbeit von ELISABETH KÖHLER der wissenschaftlichen Begleitung und dem Monitoring in den ersten zwei Jahren. Auf neun im Stadtgebiet verteilten Dauerbeobachtungsflächen werden regelmäßig alle Pflanzen und Tagfalter aufgenommen. Damit wird die Entwicklung dokumentiert und zusammen mit entsprechender Literaturrecherche die Grundlage für ein wissenschaftlich begründetes Mahdkonzept erstellt, das der Stadt Eberswalde als Orientierungsgrundlage dienen wird. Versuchsflächen befinden sich beispielsweise an der Eberswalder Straße, wo künftig die

Kreisverwaltung Barnim eine neue Oberschule bauen will (BBP 10/2020). Hier werden die Auswirkungen der Häufigkeit der Mahd auf die Artenzusammensetzung untersucht. Im Resultat ihrer Untersuchungen hat Elisabeth Köhler die Anpassung der Pflegemaßnahmen vorgeschlagen. So sollen künftig bodenfeuchte und biomassereiche Standorte zweimal im Jahr gemäht werden, während auf trockenen Rasen mit geringem Biomasseaufwuchs eine Mahd im Herbst ausreicht. Auch die Mahdausführung wird anhand der Ergebnisse der Bachelorarbeit angepaßt. So wird nicht mehr im Kreis von außen nach innen, sondern von innen nach außen oder in Reihen gemäht. Generell bleiben 10 bis 12 Zentimeter der Vegetation über der Geländeoberfläche stehen. Auch wird auf tierweltsschonende Mahdtechnik zurückgegriffen (Kreiselmäherwerke statt Sichelmäher).

Drei HNEE-Arbeiten wurden im Rahmen der Bewerbungen zum Nachhaltigkeitspreis 2020 eingereicht. Die Masterarbeit von LUCIE KAUFFMANN, gewann den Preis. Sie widmet sich der Frage »Welche Strategien fördern die Akzeptanz von Wildpflanzen auf öffentlichen Flächen im urbanen Raum?« und setzt sich mit der praktischen Umsetzung, der Zusammenarbeit mit Akteuren sowie der Öffentlichkeitsarbeit und Teilnahmemöglichkeiten auseinander. Die Arbeit enthält Handlungsempfehlungen zur qualifizierten Flächenauswahl, der Verwendung von regionalem zertifiziertem Saatgut unter Beachtung der Blühaspekte, der Wiesenrandmahd für eingepflegtes Bild und Verkehrssicherheit sowie zur Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Masterarbeit von SARAH-MARIA HARTMANN und ANIKA LEMM beschäftigt sich mit der »Biotop- und Akteursvernetzung in Eberswal-

de (Biodiversität in Eberswalde)« und enthält die Befragungsergebnisse von Akteuren wie der Stadtverwaltung, der WHG, HNEE, dem Alnus e.V., Transition Thrive und dem Bezirksverband der Kleingärtner Eberswalde und Umgebung e.V. Die Masterarbeit bewertet die bisherigen Maßnahmen der Stadtverwaltung (Eberswalder Blumenwiesen, 100-Bäume-Programm, Eßbare Stadt, Umweltprojekte).

Die Eberswalder Blumenwiesen werden von den Bürgern positiv angenommen, resümiert Jan Weber. Es seien attraktive und interessante Lebensräume zum staunen und entdecken entstanden, welche die die Biodiversität erhöhen und Lebensraum und Nahrungsfläche für viele Tier- und Pflanzenarten schaffen. Sie filtern Schadstoffe, reduzieren Lärm und wirken temperaturlausgleichend. Die Blühwiesen sind Erosionsschutz und vermindern die Staubbildung. Durch ihre höhere Biomasse verdunsten und kühlen sie und vermindern so Hitze- und Trockenstreß und sorgen für ein angenehmes und ausgeglichenes Stadtklima. Schließlich benötigen diese Flächen weniger Pflegeaufwand, wodurch mehr Ressourcen für andere Aufgaben, wie dem Gießen und der Gehölzpflege bleiben.

»Die Eberswalder Blumenwiesen«, so Jan Weber, »sind ein Leuchtturm-Projekt, das die Lebensraumqualität in der Stadt Eberswalde erhöht.« Da sich die Eberswalder Blumenwiesen in diesem Sinne positiv auswirken und somit widerstandsfähig und anpassungsfähig sind, empfehle ich eine Ausweitung des Projektes Eberswalder Blumenwiesen. Dabei ist laut Jan Weber ein qualifiziertes Monitoring durch die HNEE weiterhin wichtig, »um das Projekt zielgerichtet zu begleiten und die Umsetzung regelmäßig anzupassen«.

Windflüchter

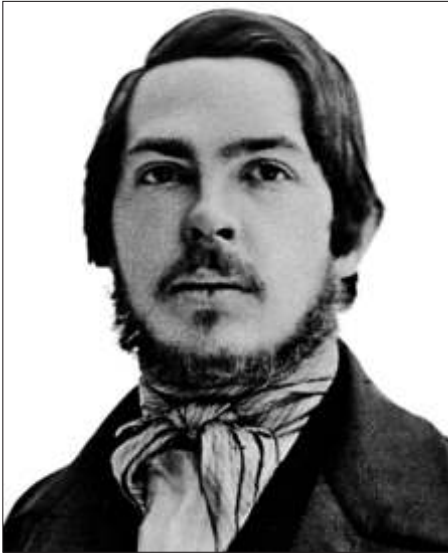
Schiefer alter Baum, die dünnen Äste landeinwärts gebeugt, tragen doch jährlich wieder neues Laub.

Dein anspruchloses Leben fristest du aus Wurzeln, tief in Felsen und magere Erde gewachsen. Dornen geben dir Halt.

Wenige Tropfen Feuchtigkeit helfen dir überleben. Dein markantes Aussehen auf der lichten Höhe zeugt vom Kampf mit dem Wind.

Deine Betrachter empfinden Trost und Hoffnung für ihr Dasein. Bescheidenheit und Ausdauer scheinen die Lösung für ihr Leben zu sein.

WALTRAUD VOIGT
Hiddensee 2002



Friedrich Engels etwa 1858.

Friedrich Engels – 200 Jahre

Warum sollen wir uns gerade an Friedrich Engels erinnern? Wegen seines 200. Geburtstages am 28. November? Warum gerade an ihn? Können wir es denn überhaupt? In meinem Bücherregal stehen 42 Bände von Marx und Engels. Doch wer könnte das alles lesen? Als normaler Mensch? Und wie nutze ich als normaler Mensch die 42 Bände? Als Lexikon? Nein und ja. Wollen wir mal fünf Minuten lang »nein« gegen »ja« spielen spielen?

ren. Es ging ihm um die Entwicklung der einfachen, werktätigen, ausgebeuteten Menschen, um ihnen zu helfen, sich ihre Zukunft zu erkämpfen.

Und wie stellte er sich ihre Zukunft vor? Das hatte er schon in seinen jungen Jahren gemeinsam mit Karl Marx erörtert. Ein faules Leben? Nein, so nicht!

In Deinen Wohnungen die Schränke voller Schuhe und Kleider und sonstwas aus den Kaufhäusern? Nein, nein, auch so nicht.

Und was sonst noch? Das ganze Leben eingezwängt in spezielle Tätigkeiten? Nein, auch so nicht.

Ein Leben mit 200 PS-Auto? Das am allerwenigsten. Verdammt noch mal.

Lieber Leser der Barnimer Bürgerpost, klick doch mal im Internet auf »Marx und Engels: Das kommunistische Manifest«. Gedruckt wären das nur wenige Seiten. Übrigens gibt es auch eine CD »Marx-Engels Ausgewählte Werke«.

Und für heute eine Kostprobe:

Die ungeheure Produktivkraft ist verborgener menschlicher Reichtum: »disposable time«. Nämlich »Zeit, die nicht durch unmittelbar produktive Arbeit absorbiert wird, sondern zum enjoyment, zur Muße, [so] daß sie zur freien Tätigkeit und Entwicklung Raum gibt.« Diese hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt, und als »dies andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß«. Leider hatten das die Linken nicht rechtzeitig gelesen. Deshalb wird heute die Freizeit

von den Sendern am Bildschirm in Anspruch genommen, gerade zur besten Sendezeit. Und in meinen Briefkasten werden außer der Märkischen Oderzeitung Werbe-Texte eingeworfen, um mich zum Kaufen, Kaufen, Kaufen aufzuhetzen.

1. Zugabe: Friedrich Engels, MEW 20, Seite 348:

»... Allgemeine Natur der Dialektik als Wissenschaft von den Zusammenhängen ...

Es ist also die Geschichte der Natur wie der menschlichen Gesellschaft, aus der die Gesetze der Dialektik abstrahiert werden... Und zwar reduzieren sie sich der Hauptsache nach auf drei: Die Gesetze des Umschlagens von Quantität in Qualität und umgekehrt; das Gesetz von der Durchdringung der Gegensätze; das Gesetz von der Negation der Negation.«

2. Zugabe: ebenda Seite 452 f.

»Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns... Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotten, ... träumten nicht, daß sie ... ihnen mit den Wäldern die Ansammlungscentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen... Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ... sondern daß wir ... mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht,... ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.«

Dr. RAINER THIEL

Ich setze auf das Nein, weil ich keine fertigen Antworten finde auf meine Probleme.

Doch der Gegenspieler in mir setzt auf ja, und zwar deshalb, weil Engels Probleme behandelt hat, die mich interessieren und weil Engels Gedanken entwickelt hat, auch in kurzen, klaren Sätzen, sodaß sie mir einleuchten und mich anregen, selber weiterzudenken.

Gewiß sind die Kapitel bei Engels viel länger als die Kapitel im Lexikon, denn Engels behandelt die Stichwörter in ihren Zusammenhängen, in geschichtlichen, ökonomischen, sozialen, soziologischen, ökologischen und spezialwissenschaftlichen Zusammenhängen, vor allem der physikalischen, chemischen, biologischen und psychologischen Zusammenhänge. Und im Zusammenhang der verschiedenen Zusammenhänge! Also Zusammenhang hoch 2.

Da war Engels einer der wichtigsten Universal-Gelehrten, doch in einem paradoxen Sinne: Er wollte keine Gelehrsamkeit demonstrieren.

Kranzniederlegung zum »Volkstrauertag«:

Gedenken an Opfer und Täter

Die Reserviekriegskameraden vom Verein »Alter Fritz« haben gemeinsam mit dem Kreisverbindungskommando Barnim*, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Kreisverwaltung Barnim und der Stadtverwaltung Eberswalde zum sogenannten »Volkstrauertag« am Sonntag, dem 15. November, um 10 Uhr, an der Kriegsgräberstätte am Hochkreuz auf dem Waldfriedhof Eberswalde an der Freienwalder Straße zu einer Kranzniederlegung eingeladen. Als Vertreter der Stadt Eberswalde hat sich Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI höchstpersönlich zu dem Gedenken angemeldet. »Der Gedenktag erinnert an alle Toten von Krieg und Gewaltherrschaft«, heißt es in der Pressemitteilung der Stadtverwaltung – also ausdrücklich an Opfer und Täter. Der Tag war nach dem 1. Weltkrieg eingeführt worden und wurde damals »Heldengedenktag« genannt.

Zu einer Absage wegen Corona wird es voraussichtlich nicht kommen, da üblicherweise, von den Einladenden abgesehen, meist niemand zu diesem Gedenken kommt, die Ansteckungsgefahr also gering bleibt.

GERD MARKMANN

* Hintergrundinformation:

Das Kreisverbindungskommando Barnim gibt es seit 2007 (BBP 2/2007). Damals gehörten ihm sieben Offiziere und drei Feldwebel der Reserve an. Aufgabe ist die »zivilmilitärische Zusammenarbeit«. Folgt man der üblichen Propaganda, handelt es sich hier vor allem um die Organisation von Hilfen der Bundeswehr bei Katastrophen wie Hochwasser oder Zugunglücken. Auch bei der aktuellen Bereitstellung von Militärs für

das Barnimer Gesundheitsamt für die Nachverfolgung und Betreuung von Menschen, die mit dem Covid-19-Virus infiziert sind oder für die wegen Kontakten mit solchen Menschen eine Quarantäne verordnet wird, dürfte das Kreisverbindungskommando beteiligt sein. Tatsächlich geht es allerdings darum, auch nach Auflösung des einstigen BRD-Territorialheeres im Kriegsfall unkompliziert auf die zivilen Ressourcen im Lande zurückgreifen zu können. Es gehe um »ein flächendeckendes Beziehungsgeflecht auf und zwischen allen Führungsebenen« und »die logistische, infrastrukturelle oder administrative Unterstützung unserer Einsatzkontingente«, erläuterte der damalige Inspekteur der Streitkräftebasis Vizeadmiral Wolfram Kühn 2007 anlässlich der Indienstellung des ersten Verbindungskommandos auf Landesebene. Mit Hilfe der Verbindungskommandos soll auch die logistische Unterstützung bei den derzeit regelmäßig stattfindenden Truppenverlegungen nach Osten an die Grenzen Rußlands sichergestellt werden.

Kein luftleerer Raum vor 1990

zu: »30 Jahre Deutsche Einheit – 30 Jahre stolz zu sein« von Stefan Zierke

Manchmal sind es die kleinen Sätze, die Entwicklung oder Standpunkte von Bedeutung aufzeigen, über die man sehr gründlich nachdenken sollte. So erging es mir als aufmerksame und interessierte Mitleserin der BBP und ich freue mich immer über die aktuellen Informationen oder Berichte aus dem Barnim. Diesmal war ich jedoch ziemlich verwundert über den Beitrag des SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke (BBP vom 6.10.20) zu 30 Jahre Deutsche Einheit. »Wir Ostdeutschen ... was wir in 30 Jahren aufgebaut haben ...«

Ich bin 1937 geboren. Habe den Krieg mit den verheerenden Auswirkungen noch miterleben müssen. Aufgebaut und zwar aus den hinterlassenen Trümmern, Herr Zierke, wurde ab 1945 auch im Osten Deutschlands – es gab keinen luftleeren Raum vor 1990(!) – und nach der Gründung der DDR 1949 wurde eine gesellschaftliche Entwicklung begonnen zum Wohle der Menschen, die international Beachtung und Anerkennung fand. Und – die Bürger der DDR konnten in Frieden leben.

Über die Floskeln des Herrn Z. Wie »freies Denken, freies Reisen oder eine moderne Kultur seien in den letzten 30 Jahren entstanden« – kann man bestenfalls nur lächeln. Ist er so jung, daß er die Zeit vor 1990 nicht kennt oder verdrängt er diese bewußt? Nichts gesehen, nichts gehört, nichts erlebt? Und was die Kultur betrifft: da habe ich etwas anderes erlebt. Gerade in der kulturellen Bildung wurde zu DDR-Zeiten schon im Kindergarten begonnen; man denke nur an die noch heute beliebten Kinderfilme. Für jedermann waren die Plätze in unseren Theatern, Opernhäusern, anderen Kulturinstitutionen bezahlbar. Wenn auch nicht ausreichend, so war es doch möglich, ins befreundete Ausland zu reisen, und es gab für wenig Geld Urlaubsmöglichkeiten in Ferienhäusern der Gewerkschaft oder der Betriebe. Ja, reisen kann man heute wohin man möchte, nur muß man dafür über die entsprechenden Finanzen verfügen.

Aber glaubt Herr Zierke wirklich, daß die Menschen, die 1990 die Arbeit verloren, weil die Betriebe plattgemacht wurden, die aus Institutionen, Hochschulen, Universitäten, Krankenhäusern u.v.m. wegen sogenannter Staatsnähe oder aus anderen Gründen, entfernt oder die, die aus den Grundbüchern oder Gärten/Datschen herausgedrängt wurden, den Tag der Übernahme der DDR durch die BRD tatsächlich feiern? Ich möchte an Egon Bahr erinnern, der sinngemäß zum Ausdruck gebracht hat, daß es nach dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz eine beispiellose Enteignung der Bevölkerung eines Landes wie niemals zuvor in der Geschichte gegeben hat. Und kann man stolz sein auf die »Erfolge der Einheit« bei den vielen Obdachlosen, Hartz-IV-Empfängern, Alleinerziehenden oder anderen Betroffenen ohne Aussicht auf materielle Verbesserung? Welche Zukunft haben denn die, welche keine gute Schulbildung erwerben und deshalb auch keinen Beruf erlernen können? Wann wird es Wirklichkeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Rentengerechtigkeit im ganzen Land? Das sind Fragen, die nicht nur mich bewegen.

In den »30 Erfolg Jahren« gehen, Sie wissen das Herr Zierke, von Deutschland wieder Kriege aus, wird Völkerrecht negiert und andere Völker bedroht und verleumdet. Sind das Gründe zum Feiern?

Besonders interessant ist der Satz: »Für die Zukunft wünsche ich mir, daß wir ein Zusammenleben haben, wie wir es schon einmal hatten«. Ja, Herr Zierke, wann war das denn? Das gab es tatsächlich vor dem Anschluß, in der DDR, wo ein solidarisches Zusammenleben selbstverständlich war! Heute nur noch eine traurige Erinnerung. Ein solches Miteinander kann und wird es in der Bundesrepublik nicht geben, daran hindern uns die Eigentumsverhältnisse, deutlicher gesagt, der Kapitalismus und auch, weil sich die ehemaligen DDR-Bürger immer noch als Menschen 2. Klasse fühlen.

ELISABETH REHBAUM

Korrektur: DDR-Bahnpreise



Leider hat sich in der vorigen Ausgabe der Barnimer Bürgerpost auf Seite 9 im Artikel von Kornelia Lubke ein Ausdrucksfehler eingeschlichen. Dort steht: »Ich fuhr von Dresden nach Eberswalde – 7,50 Mark für Hin- und Rückfahrt.« Das ist mißverständlich. Man

könnte schlußfolgern, der Preis für Hin- und Rückfahrt zusammen lag bei 7,50 Mark, was nicht der Fall war. Tatsächlich betrug der Fahrpreis für eine Richtung jeweils 4,55 Mark + 3,00 Mark Schnellzugzuschlag = 7,55 Mark.

Dr. ULRICH POFAHL

Essen fair teilen

Am 5. Oktober haben wir den ersten Eberswalder FOODSHARING FAIRTEILER im Foyer des Hauses 2 der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) eröffnet. Der Fairteiler ist ein Ort, zu dem alle Menschen Lebensmittel bringen und kostenlos von dort mitnehmen dürfen.

Wir von Foodsharing setzen uns gegen Lebensmittelverschwendung ein und kooperieren mit vielen Betrieben in Eberswalde, um die dort anfallenden Reste zu »retten«, bevor diese im Müll landen. Häufig werden bei diesen Einsätzen viel mehr Lebensmittel gerettet als die Abholenden selbst verbrauchen können.

Aus diesem Grund gibt es in vielen Städten (und nun endlich auch in Eberswalde an der HNEE!) öffentlich zugängliche Fairteiler, meist in Form eines Regals oder Kühlschranks. Fairteiler werden von den foodsavern gefüllt, aber auch Privatpersonen dürfen übrig gebliebene Lebensmittel dort zur Verfügung stellen. Bedienen darf sich ausdrücklich jeder Mensch, der etwas von den angebotenen Speisen gebrauchen kann. Einkommen, Alter, soziales Engagement oder ob man auch etwas hineingelegt hat, spielen dabei keine Rolle!

Was? Fairteiler von Foodsharing Eberswalde, ein Ort zur Verteilung von Lebensmitteln

Wo? Erdgeschoß von Haus 2 der HNEE, neben dem Windfang Richtung Goethestraße

Wann? Mo-Fr, 8-20 Uhr, außerhalb dieser Zeiten nur mit Greencard

Also nutzt die Chance, kontrolliert eure Vorräte, den Kühlschrank, Regale und Schubladen nach Vergessenem, Unbeliebtem oder Abgelaufenem (aber nie nach dem Verbrauchsdatum!). Alles, was grundsätzlich noch genießbar ist könnt ihr gern in den Kühlschrank legen. Infos dazu findet ihr am Kühlschrank.

FOODSHARING EBERSWALDE
(<https://hnee.de/foodsharing>)

Totensonntag

Nicht alle Toten sind einfach so gestorben. Wie viele sind unter Bomben und Raketen krepitiert, wie viele im Schnellfeuer erschossen, auf der Flucht verhungert, ertrunken im Mittelmeer oder in Gefängnissen gefoltert und ermordet? Und es gab noch keinen einzigen Gott, der diese Grausamkeiten verhindert hat, leider! Die Kriegsvorbereitung ist in vollem Gange, finanziell abgesichert (das hat Vorrang vor Schulen und sozialen Maßnahmen).

Für mich ist der Totensonntag ein Tag, an dem jeder darüber nachdenken müßte, was er für die Erhaltung des Weltfriedens tun kann (nicht ein Frieden bloß für die BRD, deren Bundeswehr ständig im Auslandseinsatz ist – der modernen Umschreibung für Eroberungskriege). Meine Meinung ist, daß die Völkerfreundschaft die billigste und allerbeste Sicherheit für alle Völker wäre!

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 4):

Mächler-Krumnow, Fotografenmeister, Straße der Jugend 54

Das war die Originalbezeichnung eines Fotoateliers in Eberswalde. Geführt wurde dieses Fotoatelier von den Damen URSULA MÄCHLER und GERTRUD KRUMNOW, von denen beide die Bezeichnung Fotografenmeister trugen. Viele Jahre lang befand sich das Fotoatelier im Erdgeschoß des Hauses Michaelisstraße 5, dem einzigen Haus, das die Bombennacht vom 25.04.1945 in Eberswalde in dieser Straße überstanden hatte. Später übersiedelte das Atelier in die Straße der Jugend (heute Breite Straße).

Mächler-Krumnow war kein Doppelname, der heutzutage in der BRD mitunter von Vorteil ist, um Karriere zu machen. Im BRD-Deutsch wäre heute die Bezeichnung Mächler & Krumnow, Fotografinnenmeisterinnen die übliche. Diese beiden Damen erwarben sich aus einem leider sehr traurigen Anlaß bleibende Verdienste für die Stadt Eberswalde. Obwohl sie einen Auftrag vom Stadtkämmerer erhielten, haben sie die fast leblose Eberswalder Innenstadt nach der Bombardierung faktisch heimlich fotografiert und somit Dokumente erschaffen über die Wahnsinnstat der deutschen Luftwaffe. Heimlich deshalb, weil der Besitz von Kameras durch die Besatzungsmacht verboten war. Sie schafften es aber, ihre Kamera vor der Besatzungsmacht zu verstecken.

Das damals verwendete Filmmaterial war schlecht, so daß Teile ihrer Fotoserie nicht gelangen. Vielleicht war aber gerade dieser Mangel die Ursache, daß sich beide voll auf das zu fotografierende Objekt konzentrierten und eine lange Vorbereitung tätigten, um genau im richtigen Augenblick auf den Auslöser zu drücken. Fotoserien, bei denen man viele Fotos anfertigte und dann von 50 eines aussuchte, waren bei Mächler-Krumnow nicht möglich.

Nach dem Kriege fotografierten Mächler-Krumnow hauptsächlich für Ärzte, Förster, Kirchen und Industriebetriebe. Der Markt für Paßbilder, Bilder von persönlichen Festen und gewerblichen Auftragsfotos steigerte sich, und Mächler-Krumnow behaupteten sich gegen die ebenfalls aufstrebende Konkurrenz. Sie übergaben damals sogar als erste ihr Fotoatelier, was

dann in die Straße der Jugend 54 übersiedelte, einem Nachfolger.

Die beiden Damen selber waren mittelgroß, eine von ihnen etwa 5 cm größer, von schlanker Statur und wiesen äußerlich keine besonderen Merkmale auf. Sie bedienten ihre Kunden nicht übertrieben freundlich oder ablehnend, wie das bei einigen Gewerbetreibenden üblich war, sondern sie waren beide stets sachlich. Das änderte sich aber, wenn die beiden im Atelier voll in Aktion waren, um etwas zu fotografieren, ein Baby, einen Hund oder eine Person. Dann waren beide fürchterlich hektisch und nervös. Es gab keine Sekunde, in der sie ruhig waren. Drei große Regalschränke gefüllt mit Requisiten, wie Plüschtiere, Klappern oder Kasperfiguren, standen zur Verfügung, um jedem noch so weinenden oder schreienden Baby ein Lächeln abzuluchsen. Und wenn das Baby eine halbe Stunde fürchterlich brüllte, die eine Zehntelsekunde, in der es vielleicht unbemerkt lächelte, wurde von den Damen Mächler-Krumnow eingefangen. Man konnte in solchen Situationen als wartender und zuschauender Kunde auch nicht mitbekommen, welche der beiden Damen den Auslöser bediente, und welche das Baby animierte. Beide Damen wechselten im Sekundentakt und voll aufeinander abgestimmt die Tätigkeit. Wer als Fan der Fernsehserie »Raumschiff Enterprise – Das nächste Jahrhundert« die 15. Folge gesehen hat – dort wurde als Phantasierasse die Binären eingeführt – würde erstaunt sein, daß das wahre Leben dieses Zukunftsmärchen überbieten kann.

Auch als einmal ein recht eigenwilliger Hund fotografiert werden sollte und dieser total verweigerte und böse dreinschaute, Mächler-Krumnow schafften es. Gerade bei Hunden, die einen Augenbrauenmuskel haben, und diesen sehr geschickt einsetzen, um ihren Willen durchzusetzen, ist es eine Kunst einen Gesichtsausdruck festzuhalten.

Die angenommene Aufgabe nicht zu erfüllen, war niemals eine Option für Mächler-Krumnow. Wenn dann der Kunde seine Fotos abholte, dann konnten Mächler-Krumnow sehr oft einen dankbaren Blick des Auftraggebers erhalten.

Die Damen hatten gelernt, mit wenig Material, aber mit viel Aufwand, hervorragende Fotografien zu liefern. Ebenso schufen sie sehr schöne Paßbilder. Für Bewerbungen reichte damals ein Paßbild. Hätten Mächler-Krumnow Bewerbungsfotos angefertigt, so hätte vielleicht ein Personalchef den Fotografen verklagt, wenn er beim Bewerbungsgespräch Bild und Original verglichen hätte.

Zusammengefaßt, die beiden lieferten wirklich Qualitätsfotos!

Nach Übergabe ihres Ateliers aus Altersgründen sah man beide Damen oft noch in den Nullerjahren beim Einkauf im EDEKA Markt in der Rathauspassage. Anfangs verstaute sie ihre gekauften Produkte noch in einen Hackenporsche (Einkaufswagen). Später bevorzugten sie nach erfolgtem Einkauf jedoch den Lieferservice des EDEKA Marktes.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Wir bedanken uns für Ihre freundschaftlichen Sendungen. Wir interessieren uns sehr für Ihre Arbeit und schätzen sie sehr hoch. In unseren Versammlungen besprechen wir auch Ihre Information. Wir verstehen ganz gut Ihr Streben, die Geschichte verzerrungsfrei weiterzugeben. Das ist auch unsere Sorge. Deshalb waren wir froh, uns den Film über General Bersarin anzusehen. Unsererseits ehren wir die deutschen Kommunisten, wie auch Kommunisten aus anderen Ländern, die ihr ganzes Leben dem Kampf gegen Faschismus, für Frieden und Sozialismus gewidmet haben. In den Zeitungen »Prawda« und »Sowjetskaja Rossija« kann man oft historische Artikel lesen. Es gibt auch Zeitungen, die wir kostenlos den Menschen auf den Straßen austeilen. Natürlich können unsere Freunde viel Wichtiges und Interessantes auch im Internet lesen. Diese Möglichkeit die Menschen zu informieren benutzen wir ständig.

Es ist nicht leicht, gegenwärtige Verhältnisse zwischen unseren Ländern zu werten. Der zwi-

Ein Brief aus Petersburg in Rußland:

»Es lebe unsere Freundschaft!«

Zum 103. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

schenstaatliche Handel ist sehr wichtig und soll beiden viel Nutzen bringen. Für uns bleibt Deutschland einer der wichtigsten Außenhandelspartner. Doch die NATO-Militärstützpunkte in Europa in der Nähe von unserer Grenze regen uns auf. Man muß verstehen: das Wettrüsten ist sehr gefährlich. Aber damit sind alle Länder gemeint. Darum sind wir auch in Sorge um den Frieden. Man ist verrückt, wenn man die »Kriegsfackel« irgendwohin »schleudern« will.

Am 7. November feiern wir den 103. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Ich denke noch recht oft an unsere Bekanntschaft an der Newa. Heute gibt es auch bei uns viele Verbote und Schwierigkeiten und in erster Linie sind sie mit der Pandemie verbunden. Aber Feiertag bleibt Feiertag. Nicht so

wie vor drei Jahren, aber doch... die Revolution hatte eine große Bedeutung für alle Länder. Vielleicht sprechen auch Sie darüber.

Also, es lebe unsere Freundschaft!

Bleiben Sie gesund und munter. Viele Grüße und beste Wünsche Michail und Genossen.

Михаил Мытарев

Ausstellung: »200 Jahre Friedrich Engels – Argumente eines Kritikers«

Digital und in Präsenz im Gewerkschaftshaus / Willi-Bleicher-Haus Stuttgart (Willi-Bleicher-Str. 20) vom 23.11.20 bis zum 22.1.21.

Auf der Website der DGB Region Nordwürttemberg werden die Ausstellungsplakate im Vorfeld der Präsenzausstellung bereits elektronisch verfügbar gemacht:

www.dgb-stuttgart.de/engelsargumente
<https://bw.rosalux.de/news/id/43139>

Biesenthal am 8. November:

300 Menschen spazieren gegen Rassismus

Biesenthal (bbp). Unter dem Motto »Biesenthal bleibt bunt! Für ein kreatives und freundliches Miteinander in Biesenthal und überall« gingen am 8. November über 300 Erwachsene und Kinder, ältere und jüngere, »neue« und »alte« Biesenthalerinnen und Biesenthaler mit vielen bunten Luftballons auf die Straße und setzten ein Zeichen gegen Rassismus in der 5000-Einwohner-Stadt.

Am 1. Oktober war ein Biesenthaler mit schwarzer Haut am Marktplatz der Stadt rassistisch beleidigt und mit einer Flasche angegriffen worden. Eine Biesenthaler Initiative rief deshalb zu einem Spaziergang gegen Rassismus auf. Diesem Aufruf haben sich 36 lokale Organisationen, Vereine, Parteien und Unternehmen angeschlossen, darunter der Sportverein Biesenthal, die Grundschule am Pfefferberg sowie der Bürgermeister CARSTEN BRUCH.

»Es kommt in Biesenthal immer wieder zu rassistischen Übergriffen in Form von Beleidigungen und Bedrohungen«, erklärte SVEA SOBOTKA, eine der Organisatorinnen des Spaziergangs. »Wir wollen zeigen, daß Opfer rassistischer Gewalt in Biesenthal nicht alleinstehen und daß uns rassistische Übergriffe in unserer Nachbarschaft nicht egal sind.« Die Route des Spaziergangs führte daher auch an Orten vorbei, wo es wiederholt zu rassistischen Anfeindungen kam.

An der Bushaltestelle vor der Grundschule findet die Auftaktkundgebung statt. An dieser Stelle waren schon mehrere Male schwarze Biesenthaler rassistisch beleidigt worden, einmal gab es einen Angriff. JENNY SCHWENDER, die den Spaziergang mitorganisiert hatte, sagt am Mikro: »Ich wünsche mir, daß hier keiner seinen Frust an anderen Menschen ausläßt.« Wer Vorurteile gegen egal welche Menschen habe, solle diese lieber einmal freundlich ansprechen, mit ihnen reden, statt sie zu beschimpfen. »Vielleicht entdecken Sie ja Gemeinsamkeiten«, meint sie. »Vielleicht begeistern Sie sich für den selben Fußballverein, vielleicht freunden sich Ihre Kinder an und spielen miteinander.«

OMER ABDALAZIZ sagt in seinem Redebeitrag: »Wir erfahren Rassismus in vielen Bereichen: auf der Straße, im Supermarkt, im Zug. Kein Mensch hat es verdient, wegen seines Aussehens, seiner Herkunft oder seiner Hautfarbe beleidigt zu werden«, sagt er mit dem Applaus der Zuhörer. »Rassisten schämt Euch! Ihr seid eine Schande für die Deutschen, die gut mit uns zusammenleben«,



Vor der Grundschule in Biesenthal versammelten sich am 8. November mehr als 300 Menschen, um in ihrer Heimatstadt ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

sagt er an die Täter gerichtet. An die Teilnehmenden: »Es reicht nicht, kein Rassist zu sein, wir müssen mehr Anti-Rassisten werden. Leider ist Rassismus in die DNA dieses Landes eingeschrieben, auch wenn ihr das wahrscheinlich nicht gem hört.«

Die Route des Spaziergangs führt durch die Stadt mit Zwischenstopps am Markt und am Denkmal, wo es ebenfalls zu Übergriffen oder Beleidigungen gekommen ist. Der Biesenthaler DANIEL KUBIAK erzählt bei einem der Stopps: »Mein 5jähriger Sohn, der hier in Biesenthal zur Kita geht, sagt, daß er froh ist, weiß zu sein und nicht wegen seiner Hautfarbe beleidigt und angegriffen zu werden. Wenn das schon einen 5jährigen beschäftigt, können wir das nicht weiter geschehen lassen.« FIONA von der Initiative »Barnim für alle« meint in ihrem Redebeitrag auf Englisch sinngemäß: »Woher kommt das, daß immer zwischen »Deutschen« und »Nicht-Deutschen« unterschieden wird? Warum muß es diese Barrieren im Kopf und zwischen den Menschen geben? Die Mauer ist vor langem gefallen, laßt uns auch die Mauern zwischen uns einreißen!«

Bei der Abschlußkundgebung am Markt wird die traurige Geschichte des Bruders eines Neu-Biesenthalers erzählt, der im August auf der Flucht von Somalia nach Europa im Mittelmeer ertrunken ist, mit 15 Jahren, in Sichtweite der Küste. Einige Biesenthaler waren bei der Beerdigung in Italien, sein Biesenthaler Bruder durfte wegen seiner Ausbildungsduldung die BRD nicht verlassen, auch in einem solchen Fall sah die Ausländerbehörde keine Möglichkeit einer Ausnahme. Dem Ertrunkenen wurde mit einer Schweigeminute gedacht.

Nach weiteren Redebeiträgen gibt es einen Ausklang mit Suppe des lokalen Catering-Kollektivs »Wukantina« und Musik. daß viele Biesenthaler keinen Rassismus in ihrer Stadt wollen, haben sie heute eindrücklich gezeigt.

Das Motto des Spaziergangs »Biesenthal bleibt bunt« visualisierten viele bunte Luftballons, mit denen die Teilnehmenden am Sonntagmittag an der Grundschule am Pfefferberg starteten. Dann ging es durch das Biesenthaler Stadtzentrum zum Marktplatz, wo der Spaziergang mit einer Abschlußveranstaltung endete.

Weihnachtszeit ohne Weihnachtsmarkt – Alternativen geplant

Eberswalde (prest-ew). In diesem Jahr werden leider keine Weihnachtsmärkte auf dem Marktplatz Eberswalde und im Brandenburgischen Viertel stattfinden können. Bereits seit geraumer Zeit war es klar, daß es unter den Bedingungen des Corona-Virus sehr schwer werden würde, die beliebten Weihnachtsmärkte stattfinden zu lassen. »Wir haben sehr lange gemeinsam mit unserem Partner Udo Muszynski versucht, eine Lösung zu finden, um mit den Weihnachtsmärkten die Adventszeit für unsere Bürgerinnen und Bürger einleiten zu können. Wir müs-

sen aber anerkennen, daß es auf Grund der geltenden Bestimmungen in diesem Jahr einfach keine Möglichkeit dazu gibt«, so Wirtschafts- und Sozialdezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG. Alle Optionen – auch für reduzierte Varianten – wurden eingehend geprüft. Am Ende gab es jedoch kein Ergebnis, welches die Durchführung eines angemessenen Weihnachtsmarktes hätte erlauben können. »Die Sicherheitsbestimmungen sind schlichtweg eine zu hohe Hürde und wir stehen in der Verantwortung die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen«, ergänzt

der Dezernent, der auch das Ordnungsamt in seiner Verantwortung hat. Die Weihnachtszeit wird in dennoch im Rahmen der Möglichkeit stimmungsvoll und atmosphärisch begangen werden. »Auch wenn wir den Weihnachtsmarkt unter den besonderen Bedingungen des Jahres 2020 nicht durchführen können, so wird es dennoch kulturelle weihnachtliche Angebote als Alternative geben. So wird die Weihnachtszeit zwar anders als gewohnt und von uns allen erhofft, aber doch besinnlich und besonders eingeleitet werden«, so Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI.

Automatisches Andrahten von Obussen

Eberswalde (bbp). Am 9. November traf bei der Barnimer Busgesellschaft (BBG) aus Zwickau ein Test-Obus der Firma Volvo ein. Dieser Obus verfügt über ein besonderes System des automatischen Andrahtens während der Fahrt.

Das spielt nicht nur wegen des geplanten und im Baustellenbetrieb bereits jetzt häufig praktisch erforderlichen Betriebs der Obusse auf Teilstrecken ohne Fahrdrabt eine Rolle. Perspektivisch soll damit auch geprüft werden, ob es künftig möglich ist, mit Hilfe des automatischen Andrahtens während der Fahrt auf die sehr verschleißanfälligen Weichen und Kreuzungen zu verzichten.

Im Rahmen des Entwicklungsvorhabens AOSA plus (Automatisches Oberleitungs-Stromabnehmersystem für Hybrid-Oberleitungsbusse) wurde an der Westsächsischen Hochschule Zwickau (WHZ) ein ursprünglich mit Diesel betriebener Bus zum Batterie-Oberleitungsbus umgebaut. Dieser Bus dient als Technologieträger für den eigentlichen Kern der Forschungsarbeiten: einem Stromabnehmersystem, bei dem die Stromabnehmerstangen sich nach einer oberleitungsfreien Strecke wieder selbständig an die Oberleitung anlegen. In Eberswalde ist das aktuell nur im Stand an mit speziellen Vorrichtungen eingerichteten Haltestellen möglich.

Die WHZ verfügt über eine spezielle Teststrecke. Sie hat vom Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur den Auftrag erhalten, so ein automatisches Andrahtsystem für



Foto: WHZ

moderne Batterie-Oberleitungsbusse zu entwickeln. Der Obus bezieht seine Energie aus einer Oberleitung. Moderne Obusse besitzen zusätzlich eine kleine Batterie, mit der kürzere Distanzen bis zu 20 km auch ohne Oberleitung überbrückt werden können. Sobald ein solcher Batterie-Oberleitungsbus wieder unter Fahrdrabt kommt, fährt er mit dem Strom aus der Leitung und lädt gleichzeitig die Batterien wieder auf. Der Batterie-Obus benötigt, anders als Elektrobusse, keine Standzeiten, um die Batterie wieder aufzuladen. Durch das Aufladen der bordeigenen Batterien während der Fahrt wird auch das Energieversorgungssystem gleichmäßiger belastet. Projektleiter Professor Matthias Thein von der WHZ sieht in Oberleitungsbussen die Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs. »Der Batterie-Oberleitungsbus ist quasi das verkannte Genie im ÖPNV. Er ist aus ökologischer und ökonomischer Sicht das nachhaltigste nicht-schienengebundene Fahrzeug im Bereich der E-Mobilität.«

In eigener Sache:

Abo-Rechnungs-Chaos

Unsere ehrenamtlich produzierte Leserzeitung, das erfüllt uns mit gewissem Stolz, steht dank Ihrer Unterstützung, liebe Leserinnen und Leser, wirtschaftlich auf sicherem Fundament. Fast die Hälfte aller Abonentinnen und Abonenten sorgen mit einem Förderabo von 12 Euro oder mehr dafür, daß wir die Kostensteigerungen der vergangenen Jahre ohne Preiserhöhungen bewältigen konnten.

Eine Schwachstelle im System ist allerdings unsere Buchhaltung, die wie alles andere ehrenamtlich und als »Nebenjob« der Redaktion abgewickelt wird. Inzwischen ist unser Buchhaltungsprogramm in die Jahre gekommen, was vor allem heißt, daß es nur noch auf einem älteren PC funktioniert, was den Datenaustausch einigermaßen beeinträchtigt – um es vorsichtig auszudrücken. Darunter leidet das Rechnungs-, Erinnerungs- und Mahnwesen. Die Erinnerungen sind wichtig, weil immer mal die eine oder andere Rechnung verloren geht, übersehen oder vergessen wird. Das Mehrwertsteuerdurcheinander in diesem Jahr – für die BBP übrigens organisatorischer Aufwand mit einem finanziellen Nachteil – tat das übrige.

Aktuell sind mehr als 50 Abo-Rechnungen überfällig – weil sie nicht verteilt wurden. Mit der Uralt-Buchhaltungssoftware ließ sich der geänderte Steuersatz nur mit großem Aufwand ändern, der bei den Pfennigbeträgen nicht lohnt. Die liegen gebliebenen Rechnungen werden nun mit dieser Ausgabe verschickt.

Wir bitten Sie, die Rechnungen zu prüfen und möglichst zeitnah zu begleichen. Mit dem neuen Jahr wollen wir die Buchhaltung auf eine neue Software umstellen. Das macht viel Arbeit und wird ganz sicher auch zu irgendwelchen Fehlern führen. Wir hoffen auf Ihre Mithilfe und Ihr Verständnis.

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 4. November 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 9. Dezember 2020.